

Wortprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

35. Sitzung
15. Januar 2014

Beginn: 11.07 Uhr
Schluss: 14.16 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0138](#)
Stand und geplante Entwicklung der Altglas-
Sammlung in Berlin StadtUm
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0141](#)
Drucksache 17/1369 StadtUm
Glascontainer müssen bleiben
– Vorabüberweisung –

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Bevor wir zur Begründung der einzelnen Anträge kommen, begrüße ich im Einzelnen Herrn Rehberg vom BBU. Das ist der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V., Herrn Krause als Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft „Neues Berlin“, die Herren Thielmann und Richlitzki. Das sind die Herren von der Geschäftsführung der Berlin Recycling GmbH, Herrn Schneider vom Grünen Punkt, der für die Duale System Deutschland GmbH hier ist, Herrn Quast vom BUND, Herrn Dreier als Geschäftsführer der Ardagh Glass GmbH: Sie beschäftigen sich mit dem Recycling-Glas. Sodann Herr Oetjen-Dehne von der U.E.C. Oetjen-Dehne & Partner Umwelt- und Energie-Consult GmbH. Die Herrschaften sind alle auf Anregung oder Antrag der verschiedenen Fraktionen des Abgeordnetenhauses eingeladen worden. – [Zuruf] – Herr Geisel ist nicht Anzuhörender. Herr Geisel begrüße ich trotzdem herzlich, aber als Mitglied der Verwaltung ist er nicht Anzuhörender.

Ich will darauf hinweisen, es gibt ein Wortprotokoll. Das heißt, das, was hier gesagt wird, wird wörtlich mitgeschrieben und steht nachher den Ausschussmitgliedern und der Nachwelt in den Annalen des Abgeordnetenhauses unbegrenzt und unlimitiert zur Verfügung. Wenn Sie Enkelkinder haben, können die irgendwann einmal nachlesen, was Sie heute hier gesagt haben.

Dann gibt es noch entsprechende schriftliche Stellungnahmen, die uns dankenswerterweise von Ihnen vorab zugesandt wurden. Insofern müssen Sie nachher in der Runde nicht alles komplett wiederholen, sondern es reicht vielleicht eine kleine Zusammenfassung. Es gibt auch von Herrn Oetjen-Dehne eine Powerpoint-Präsentation, die wir uns nachher angucken werden. Es gibt noch zwei oder drei andere Verbände, die uns eine Stellungnahme zugesandt haben, obwohl sie nicht Anzuhörende sind. Ich habe mir erlaubt, diese über das Büro an die Kollegen weiterzureichen, sodass Sie die dann bei Ihrer späteren Entscheidungsfindung dort mit einfließen lassen können.

Dann kommen wir zu den Formalien, das heißt, dass die Anträge begründet werden müssen oder zumindest können. Das sind zunächst die Koalitionsfraktionen. Mir wurde signalisiert, dass beide kurz etwas dazu sagen wollen. – Herr Buchholz hat als Erster das Wort!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner und unserer Seite herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie alle da sind.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Bitte einmal für den Ausschuss, dass nicht jeder hier jeden willkommen heißt und Dank sagt und Ähnliches. – Danke, Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Das war nur ein Halbsatz, Herr Vorsitzender, aber es war mir ein Bedürfnis. – Wenn ich so gedrängt werde, komme ich gerne auch sofort zu den Inhalten. Es ist, man sieht es an der Anzahl der Anzuhörenden, fast schon eine historische Anhörung. Der Vorsitzende meinte ja, Enkelkinder könnten das, wenn sie unbedingt wollten, später nachlesen. Ich glaube, es wird die aktuelle Generation interessieren, denn wir haben in den letzten Monaten in Berlin in drei Bezirken im Ostteil der Stadt etwas erlebt, was schon sehr ungeheuerlich ist, um es ganz deutlich zu sagen. Wir haben eine überstürzte und chaotische Umstellung erlebt. In den drei Ostberliner Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick wurde praktisch die Hälfte der Altglastonnen abgezogen, ohne dass vorgewarnt wurde. In der Umsetzung kann man das wirklich nur mit dem Wort „Chaos“ umschreiben –

wir werden das sicherlich von den Anzuhörenden gleich noch dargelegt bekommen. Das ist für die Mieter und die Wohnungsbaugesellschaften unzumutbar, und da stellt sich natürlich die Frage: Wie kam es dazu? Was ist der Anlass? Ist das überhaupt das richtige Vorgehen, und was ist das politische Ziel dahinter?

Dieses Chaos – wir erhoffen uns dazu heute aus der Anhörung Informationen – wäre aus unserer Sicht vermeidbar gewesen. Das Duale System Deutschland hat, obwohl eigentlich bis Ende 2013 der alte Dreijahreszyklus galt, wonach eine haushaltsnahe Entsorgung von Altglas vorgeschrieben war, vorfristig aus unserer Sicht diese überstürzte Umstellung veranlasst. Wir fragen uns: Muss das wirklich so sein? Darum die erste große Frage an das Duale System Deutschland: Was war Ihre grundsätzliche Veranlassung für die Umstellung – da kommen Sie mit Qualitätsargumenten beim Altglas –, aber vor allem auch für diese extrem überstürzte Umstellung, die niemand nachvollziehen konnte, ich glaube, nicht einmal Sie selbst? Die Beschwerdebriefe haben sich inzwischen in allen Fraktionen angesammelt, bei den Wohnungsbaugesellschaften – das kann ja auch noch mal ausgeführt werden. Es gibt dort erhebliche Beschwerden von Mieterseite. Die Frage ist: Warum musste das so laufen, dass niemand vorher informiert wurde? Sind die 300 Meter zum nächsten Iglu überhaupt nachvollziehbar? Wir haben persönliche Beispiele, wo man einen Kilometer zum nächsten Iglu laufen muss, und trotzdem ist die Altglastonne aus dem Hinterhof verschwunden. Da stimmt irgendetwas schon im Vorgehen nicht. Also, die Frage der Umstellung, der Verantwortlichkeit und dieser Abstände, warum überhaupt die neuen Zahlen so notwendig sind.

Natürlich die große Qualitätsfrage. Wir haben zwei Anzuhörende aus dem Bereich der Glasindustrie, einen unabhängigen Experten und einen Vertreter der Glasindustrie direkt. Wir erhoffen uns von Ihnen natürlich Informationen: War und ist das das Einzige, wenn es im Jahr 2012 Feststellungen gab, dass die Qualität unzureichend sein soll, dann so zu verfahren? Gab und gibt es andere Möglichkeiten, am bisherigen in Berlin seit mehr als 20 Jahren bewährten Holsystem, dass die Tonnen vor dem Haus stehen, festzuhalten? Oder stimmt die eine Aussage der großen Kritiker und Kritikerinnen, die sagen, es geht dem Dualen System nur um eine Kostenreduzierung? Das, denke ich, werden wir heute noch intensiv diskutieren.

Es gab eine Abstimmungsvereinbarung – zunächst heftig umstritten – zwischen dem Dualen System Deutschland und der Senatsverwaltung. Dazu haben wir natürlich auch an die Senatsverwaltung die Frage: Inwieweit haben Sie das begleiten können? War es auch Ihre Vorstellung, Ihre Idee, dass die Haushaltstonnen verschwinden? War das nur ein Vorschlag des Dualen Systems? Wir haben vorher auch schon Unterlagen bekommen. Da sieht man, dass dieses Chaos nicht nur die drei Ostberliner Bezirke bedroht, sondern eigentlich auch schon drei Westberliner Bezirke, nämlich Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf, wo genau das Gleiche gleich morgen passieren kann, so ist zumindest die Ausschreibung verfasst. Wie hat sich die Welt darauf vorbereitet? Wäre das überhaupt möglich?

Wie sieht es neben den Haushalten mit anderen Sammelstellen aus, die berühmten Pizzerien, Gewerbeanlieferer, Kneipen, Krankenhäuser, Kantinen, wo man hört, dort gäbe es viele Qualitätsprobleme? Wurden sie bei dieser Umstellung eigentlich beachtet, und ist das so notwendig?

Wer von der Senatsverwaltung hat an diesem Arbeitskreis, der Ende 2012 einberufen wurde, teilgenommen? Was sind die Ergebnisse? Sind dort konkrete Verbesserungen für die Samm-

lung verabredet worden? Ist überhaupt erst einmal abgewartet worden, was in diesem Arbeitskreis verabredet wurde? Das ist für uns bisher nur sehr unzureichend nachvollziehbar.

Wir befürchten, dass durch diese chaotische Änderung nicht nur eine große Unruhe bei den Mieterinnen und Mietern in der Stadt entstanden ist, bei den Besitzern und Verwaltern von Wohneigentum, sondern dass wir ein Stück weit ein bewährtes Umweltsammelsystem gefährden. Die Leute werden entwöhnt, das, was sie bisher gut getrennt haben, weiter zu trennen. Wir sehen und erleben an den Standorten, dass die Leute fragen: Wo sind meine Glas-tonnen abgeblieben? Sie stellen es dort oder ganz woanders ab. Wie sind da eigentlich – auch eine Frage an den Umweltverband – die umwelt- und klimatechnischen Auswirkungen durch diese Umstellung? Was ist aus Ihrer Sicht der richtige Weg? Ich glaube, alle Anzuhörenden sind sehr gefragt, nicht nur über praktische Dinge zu reden, sondern auch über das, was damit aus Ihrer Sicht verfolgt wird. Wie hätten Sie es eigentlich lieber gehabt – dass es wie bisher und dann auch zukünftig läuft? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist nett formuliert in der Tagesordnung – Stand und geplante Entwicklung der Altglassammlung in Berlin. Das klingt nett, birgt aber dann doch viel Brisanz in sich, und das haben wir gerade schon durch Herrn Buchholz mitgeteilt bekommen. Das öffentliche Interesse ist absolut nachvollziehbar und richtig. Ein bewährtes Verfahren, seit 1993 implementiert, erfolgreich genutzt, erfolgreich auch in der Bewertung im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Hamburg oder Bremen, wird hier über Nacht geköpft in einem Verfahren, das nicht nachvollziehbar ist. Deswegen muss man Danke sagen an das große Interesse und die große Zuarbeit für die vielen Themen dazu.

Über Nacht wurden etwa 8 000 Behälter in Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf abgezogen. Die „Berliner Woche“ hat letzte Woche eine kleine Frage dazu gestellt: Sind Sie für oder gegen einen Abzug? – 93 Prozent wollen die Glasbehälter gerne behalten. Ich glaube, das ist auch im Sinne derjenigen, die hier sitzen, die die Interessen vertreten und Politik machen.

Ziel ist es heute, die Interessen und Sinnhaftigkeit abzuwägen und zu hören, was Sie mitgebracht haben als Anzuhörende. Für mich stellt sich ganz entscheidend die Frage: Wurden alle Argumente in diese Abwägung einbezogen? Und wenn ja: Warum wurden trotzdem die Behälter abgezogen? –, denn wenn man sich die Diskussion versachlicht anschaut und die Argumente miteinander abwägt, dann wundert es mich schon, dass man zu dem Ergebnis kommen kann, diese haushaltsnahen Behälter abzuziehen.

Ich habe Verständnis für das Argument Sortenreinheit. Ich habe auch Verständnis für die Diskussionen, die dazugehören, aber ich habe kein Verständnis für die Lösung, und das will ich hier auch ganz deutlich sagen. Ich glaube, dieser Satz sei noch erlaubt: Im Rahmen von Diskussionen über Nachhaltigkeit, über Partizipation, über ökologische, ökonomische und soziodemografische Gedanken etc., all die Dinge, die dazu gehören, sage ich Ihnen ganz ehrlich, kann es nicht sein, dass die ökologischen Faktoren in der Abwägung immer unterliegen. Das werden wir Ihnen nach der Anhörung vielleicht auch noch im Detail in der Diskussion mitteilen können. Ich verstehe schlichtweg nicht, warum man hier bereitwillig in Kauf nimmt, dass

Glas im Hausmüll oder gar in der Biotonne landet. Das findet bei mir kein Verständnis, und das sage ich Ihnen auch ganz direkt.

Um es kurz zu machen: Die Thematik wünsche ich mir heute gemeinsam als CDU-Fraktion beleuchten zu können. Ich wünsche mir auch von der Senatsverwaltung Aufklärung, wie es zu dieser Situation kommen konnte, bedanke mich erst einmal und freue mich auf eine angenehme Diskussion. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Wer möchte von der Fraktion Die Linke den Antrag begründen? – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Auch uns hat die Vorgehensweise mit den Bürgern vor Ort hart getroffen, wie, mir nichts dir nichts, schnell mal die Wohnungsunternehmen aufgefordert wurden, einen Aushang zu installieren, den sicherlich nicht jeder rechtzeitig gelesen hat, Tonnen verschwunden sind und Bürger an ihren Müllstandplätzen die gewohnten Tonnen vermisst haben und letztendlich dachten: Vielleicht ist da mal wieder irgendetwas schiefgegangen. Vielleicht kommen sie ja morgen wieder. Stellen wir unser Glas trotzdem ab und schmeißen es noch nicht in den grauen oder sonstigen Behälter.

Wir haben daraufhin unseren Antrag gleich noch im letzten Jahr formuliert. Es ist dem Senat auch eine Kleine Anfrage von mir zugegangen, um die einen oder anderen Punkte zu klären. Ich hätte die Antwort gerne vorher gehabt, aber gut, jetzt haben wir die Gelegenheit in der Anhörung, das wirklich Wichtige dazu noch mal nachzufragen. Es freut mich, dass es gelungen ist, diese Anhörung zu installieren. Die Sprecherrunde der Fraktionen hat aus dem ursprünglichen Besprechungspunkt der Koalition dann auch eine Anhörung installieren können. Ungewöhnlich ist die Anzahl der Anzuhörenden, es sind jetzt neun. Wir hatten vorgeschlagen, dass zumindest jemand aus der Mieterschaft dabei ist. Das konnte offensichtlich nicht realisiert werden.

Trotzdem ist natürlich auch der Aspekt wichtig, wie im Kreislauf des Glases die Glasindustrie dazu Stellung nimmt, weil ich denke, dass das im Wesentlichen natürlich auch einen wirtschaftlichen Aspekt hat, und wenn wir nicht genau wissen, warum recycelfähiges Material – wahrscheinlich – nicht mehr so dringend benötigt wird, obwohl wir vom Klimaschutz her wissen, dass wir, wenn es eingesetzt wird, bis zu 30 Prozent Energieeinsparung erreichen könnten, dann sind doch auch diese wirtschaftlichen Aspekte wichtig. Trotzdem, unser Antrag steht. Wir möchten bürgernah Möglichkeiten zum Abfallverbringen haben und behalten. Es soll die Qualität erreicht werden, also brauchen wir auch Beratung in dieser Richtung in den einzelnen Haushalten. Dazu stehen wir, dass Umweltberatung stattfinden muss, wenn es das Qualitätsmerkmal ist. Aber ich denke, dass das nur ein geringer Punkt ist. Viel wichtiger ist: Was passiert mit dem Material, nachdem das Glas in der Tonne gelandet ist? – Soweit vielleicht erst einmal.

Klar ist, dass es zu diesen Untersuchungen schon lange Gutachten gibt. Ich habe eine Studie der Universität Stuttgart gelesen, die gesagt hat: Je weiter die Tonne entfernt ist, in der ich meinen Abfall verbringen kann, desto weniger wird getrennt. – Ich denke, darauf sollten wir achten, dass uns das in Berlin nicht passiert.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für diese einführenden Worte! – Wir sollten dann in medias res einsteigen, oder wollen Sie vom Senat noch etwas dazu sagen? – Dann machen wir erst die Anhörung. – Herr Rehberg, Sie stehen ganz vorne auf meiner Liste. Insofern wären Sie vielleicht der Erste, der als Vertreter der Wohnungswirtschaft darlegt, welche Folgen es gibt und wie sich das für Ihre Vertragsunternehmen darstellt.

Siegfried Rehberg (BBU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Staatssekretäre! Ich bin, als ich im September, wie es in Berlin so üblich ist, im öffentlichen Nahverkehr erfahren habe, dass hier eine gravierende Veränderung in der Glasammlung geplant ist, als technischer Referent des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen und gleichzeitig auch als Vertreter des Vorstandes entsetzt gewesen. Ich habe mit dem Vorstand darüber gesprochen. Ich habe gesagt: Hier kommt etwas Ungeheuerliches auf uns zu. Es kommt auf uns zu, anderthalb Wochen, nachdem wir an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, an Herrn Gaebler, einen Brief geschrieben haben, in dem wir gesagt haben: Nachdem das mit den Wertstofftonnen schon so miserabel gelaufen ist in dieser Stadt – und wir haben sehr intensiv mit BSR und ALBA am Tisch gesessen und gesagt, wir brauchen Informationen, Informationen, Informationen, damit das Thema umgesetzt wird. Wir sind angesprochen worden nach dem Motto: Könnt ihr nicht mehr machen als Wohnungsunternehmen? Da gibt es doch erfolgreiche Modelle mit Müllschleusen. Können wir das nicht ausweiten? Wie können wir die Wertstoffsammlung in dieser Stadt deutlich verbessern? –, haben wir gesagt: Wir wollen beteiligt werden.

In einer Runde bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 11. November 2013 sind wir dann offiziell über das informiert worden, was auf die Berliner Mieterinnen und Mieter zukommt, erst einmal in den drei Bezirken im Südosten, im – wie ich es zwischendurch auch mal gesagt habe – Mutterland des Altglassammelns, im „Sero-Land“. Ausgerechnet dort werden die Tonnen abgezogen und das bei einer Bevölkerung, die relativ alt ist und immer mehr altert. Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme einen ganzen Teil aus einem großen Packen an Zuschriften einfließen lassen, von unseren Mitgliedsunternehmen, direkt von den Unternehmen, aber auch Mieterzuschriften, wo genau das drinsteht: Warum sollen wir mit unseren Glasflaschen 300 Meter weit gehen? Und wenn wir dann in einem Abstand von 300 Metern gucken, finden wir noch nicht einmal die Container, in denen wir das entsorgen können, sondern das Ganze geht wesentlich weiter. – Sie können das alles nachlesen. Ich denke, das ist sehr bezeichnend und nur ein kleiner Ausschnitt aus dem, was wir erleben. Herr Freyemark hat es auch gesagt: Wenn man die Berlinerinnen und Berliner fragt, ist das natürlich ein absolutes Unding. Sie wollen die Tonne vor der Tür.

Als Vertreter der Wohnungsunternehmen – wir haben bei den 128 Mitgliedsunternehmen in Berlin etwa 700 000 Wohnungen – waren wir in den Neunzigerjahren durchaus nicht amused, als die Tonnen vor die Haustüren gestellt wurden. Das waren die Glastonnen, die Papiertonnen, dann kam noch die Gelbe Tonne, dann die Biotonne, alles ohne Ankündigung, von heute auf morgen, teilweise von der BSR, teilweise vom Grünen Punkt. Wir haben viele Auseinandersetzungen mit der damaligen Firma DASS über Sortenreinheit von Wertstoffen gehabt. Das ganze System musste sich langsam erst einmal zurechtruckeln. Es hat sich zurechtgerückt. Die Wohnungsunternehmen haben vor allen Dingen auf ihren Grundstücken auch den Platz für die Wertstofftonnen geschaffen, 5 000 Euro bis 15 000 Euro pro Wertstoffsammelplatz. Herr Krause wird gleich noch das pilot- und vorbildhafte Unterflursammelsystem seiner Genossenschaft darstellen. Es sind erhebliche Investitionen der Wohnungsunternehmen, die

nicht auf die Miete umlegbar waren, getätigt worden, damit die Wertstoffsammlung in Berlin funktioniert.

Mit dem Vorhaben, an dem die Wohnungswirtschaft nicht beteiligt war, die Glascontainer auf ein System, so wie es in allen anderen Städten ist, umzustellen, ist ein erheblicher Komfortverlust verbunden. Wir haben einen Komfort in Berlin. Wir haben eine extrem hohe Sammelquote. Und wenn wir uns, und das ist aus den Unterlagen zur Vorbereitung dieser Sitzung hervorgegangen, die Glassammelquoten in den Stadtstaaten angucken, dann liegen wir in Berlin absolut an der Spitze. Mit dieser neuen Abstimmung – sollte das tatsächlich in allen Bezirken in Berlin umgesetzt werden – werden wir auf Hamburger Verhältnisse zurückgeworfen. Vor anderthalb, zwei Jahren hat die „Berliner Morgenpost“ einen Artikel gebracht, dass die Hamburger das höchste Restmüllvolumen und den geringsten Trennanteil haben, und das kann nicht das Vorbild für Berlin sein. Wir müssen sehen: Wir haben einen Stand erreicht, wir sind umweltpolitisch sehr gut. Wir haben viele Auseinandersetzungen über den Abfallwirtschaftsplan miteinander geführt – was ist machbar, was geht, was muss getan werden? Dieses muss auf jeden Fall erhalten bleiben.

Warum ist die Wohnungswirtschaft empört? Warum bin ich heute Morgen noch von einer Genossenschaft aus Mitte bestärkt worden: Herr Rehberg! Sehen Sie zu, dass das ganze Thema nicht auch noch auf uns überschwappt? – Das Thema Müllentsorgung in Berlin ist ein Betriebskostenthema. Wir haben die niedrigsten Müllentsorgungskosten aller Großstädte. In Berlin sind es ungefähr zwischen 14 Cent und 16 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat. Im Verhältnis dazu: In Düsseldorf sind es ungefähr 35 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat. Dafür sind in Düsseldorf auch die Müllgebühren als Mischpreis, so wie wir das jährlich in unserer Preisdatenbank erheben, nahezu dreimal so hoch wie in Berlin. Wir diskutieren sehr intensiv mit der Berliner Stadtreinigung darüber, dass die Müllgebühren in Berlin auf gar keinen Fall steigen dürfen und dass, wenn der sogenannte Öko-Tarif ab 2015 eingeführt wird, die Mieter in Mehrfamilienhäusern nicht schlechter gestellt werden dürfen als die Besitzer von Einfamilienhäusern. Diese Diskussion läuft. Wir sind an der Stelle sehr engagiert.

Ich bin den Antragstellern im Abgeordnetenhaus sehr dankbar, dass sie dieses Thema aufgegriffen haben, dass wir uns heute über das Thema Glascontainer so intensiv unterhalten, weil es ein elementares Thema ist. Es ist nicht nur ein Komfortthema für die Mieterinnen und Mieter. Es ist ein wesentlicher – so kann man es im Moment ohne Weiteres formulieren – Angriff auf das bewährte Trennsystem in dieser Stadt. Wenn Sie im Moment mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln unterwegs sind, dann werden Sie überall große Plakate von „Trennstadt“ finden – braune Flasche, weiße Flasche. Was soll das Ganze denn noch, wenn die Mieter merken: Wir sammeln, wir können aber unsere Flaschen nicht mehr loswerden? – Wir bekommen jede Menge Fotos von unseren Mitgliedsunternehmen. Dieses Foto ist von Anfang Dezember. Da stehen ungefähr zehn Flaschen an genau der Stelle, wo vorher der Glascontainer stand. Nach Weihnachten sah die ganze Geschichte schon so aus. Was heißt das? – Das heißt, dass die Mieterinnen und Mieter sich sehr verantwortungsvoll verhalten. Sie machen nicht das, was wir ursprünglich vermutet haben. Sie werfen die Flaschen nicht in den Restmüll oder in die Wertstoffcontainer, sondern sie stellen die Flaschen dahin, wo sie eigentlich hingehören, nämlich an den Ort der Altglasbehälter.

Das ist auch der Punkt, wo wir sehr vorsichtig sein müssen. Wenn wir anfangen, die Mieterinnen und Mieter, die Eigentümer und Eigentümerinnen und auch die Verwaltungen in dieser Stadt zu verunsichern, indem es heißt: Mal rein in die Kiste, mal raus aus der Kiste, Glas nein, ja, wir haben die Wertstofftonnen –, dann wird dieses bewährte Altglas- und Wertstoffsammelssystem in dieser Stadt wesentlich beeinträchtigt, denn es funktioniert nur, weil alle an einem Strang ziehen. Die meisten Mieter trennen. Die Hausverwaltungen und Wohnungsunternehmen unterstützen das, indem sie die entsprechenden Plätze zur Verfügung stellen, und sie informieren auch, aber sie können nur dann informieren, wenn sie selbst auch rechtzeitig informiert werden. Die Information, die ich Ende Oktober vom Dualen System bekommen habe, war: Herr Rehberg! Ich habe da mal ein Informationsschreiben für Sie vorbereitet. Das können Sie ja dann an Ihre Mitgliedsunternehmen verteilen. – Da habe ich gesagt: Ja und? Wir haben mindestens drei, wenn nicht sogar vier große Verbände der Wohnungswirtschaft, die auch über Informationen verfügen. Auf der anderen Seite kann es ja nun nicht sein, dass diejenigen, die beauftragt sind, die Geld bekommen, um Glas zu entsorgen, sich ihrer Aufgabe entledigen. Das ist das große Thema, das ist die große Kritik sowohl an die Glasindustrie, die gesagt hat, das Berliner Altglas sei nicht zu gebrauchen, als auch an das Duale System. Die Diskussion hat dazu geführt, dass Optimierungsmaßnahmen in der Altglassammlung bereits umgesetzt wurden – Berlin Recycling, ich hoffe, Herr Thielmann wird darauf eingehen und noch einmal sagen, dass Behälter bereits optimiert worden sind, aber bevor dieser Versuch der Erprobung abgebrochen wurde, wurden genau diese mit viel Geld optimierten Behälter von den Standplätzen abgezogen –, dass alle diese Erfahrungen, die wir hier sammeln, einfach nicht ausgewertet werden, sondern die Altglasbehälter Hals über Kopf – Herr Buchholz hat es gesagt – in einem Chaos endend von heute auf morgen abgezogen wurden und keine Informationen da sind. Die Informationen, die wir bekommen und weitergegeben haben – unter Trenntstadt.de seien die Containerstandplätze aufgeführt –, sind uns von unseren Mitgliedsunternehmen zurückgegeben worden: Das sind nicht die entsprechenden Informationen. – Mieter haben sich beschwert. Sie haben nicht die entsprechenden Informationen, wo sie denn überhaupt entsorgen sollen.

Das, was mir im Moment sehr große Sorgen macht: In der Abstimmungsvereinbarung ist ein Abstand von Iglus zu den Standplätzen von 300 Metern benannt. Wir wissen aber zwischenzeitlich, dass sich einige Bezirke weigern, weitere Genehmigungen für die Aufstellung von Iglus zu erteilen. Wir wissen also gar nicht, ob diese 300 Meter auf die bestehenden Iglus gehen. Wir sind im Übrigen auch sehr kritisch, was das öffentliche Straßenland und die Iglus angeht. Wir haben gerade in den Neunzigerjahren die Wertstoffiglus abgeschafft bekommen, und die Gelben Tonnen wurden den Wohnungsunternehmen vor die Tür gestellt mit dem Argument: Die Standplätze der Iglus im öffentlichen Straßenland sind vermüllt, und das kann von den Bezirken und der BSR nicht sauber gehalten werden. Jetzt sollen mit dem Argument, die Glassammlung soll vom Holsystem auf das Bringsystem umgestellt werden, diese Container im öffentlichen Straßenland wieder reaktiviert werden. Wenn wir alle mal mit offenen Augen durch die Stadt gehen, dann sehen wir ganz genau, dass das Thema der Vermüllung der Iglus heute genauso ist wie damals.

Das sind viele Aspekte. Ich freue mich, dass wir heute diese Anhörung haben. Wir stehen nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Tagen und Wochen gerne für weitere Fragen zur Verfügung. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Herr Krause, Sie haben als Nächster das Wort.

Stefan Krause (Wohnungsbaugenossenschaft „Neues Berlin“): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als Vertreter der Wohnungswirtschaft einer Wohnungsbaugenossenschaft aus Berlin-Lichtenberg möchte ich Ihnen heute die Auswirkungen der Änderung der Altglasentsorgung darstellen. Vielleicht zu Anfang kurz zu unserem Unternehmen: Wir sind ein Unternehmen, das sich auf die Fahne geschrieben hat, für ihre Mitglieder da zu sein. Das Thema Betriebskosten, Energieeinsparung, Reduzierung von Müll ist ganz wichtig, und wir investieren auch in ein solches Thema. Wir haben mit der Änderung der Bauordnung im Jahr 2011 – Sie haben damals beschlossen, dass die Müllabwurfanlagen geschlossen worden sind – als Unternehmen einen Weg gewählt, der einzigartig für Berlin war. Wir haben gesagt, wir investieren nicht in diese alte Technologie Müllabwurf. Wir investieren nicht in einen oberirdischen Standplatz, sondern wir investieren in ein zukunftsweisendes Entsorgungssystem, nämlich ein Unterflursystem, und haben Folgendes gemacht: Wir haben den Müll unter die Erde gebracht.

Was waren die Auswirkungen dessen? – Vorher hatten die Mieter keinerlei Möglichkeiten, an einem Ort zu trennen, zu recyceln. Sie mussten Wege von bis zu 150 Metern in Kauf nehmen. Sie entsorgten ihren Müll ja auf der Etage, und der Recyclingplatz war vor Ort, was natürlich zur Folge hatte, dass das Trennverhalten schlecht war, das konnten wir auch mit Zahlen belegen. Wir haben dieses Unterflursystem eingeführt und uns dafür sehr stark gemacht, sehr stark dafür eingesetzt, auch in Zusammenhang mit der DSD, dass wir alle Fraktionen auf einem Platz vereinen können. Das heißt, wir wollten ein Angebot schaffen – Wertstofftonne, Glas, Papier, Restmüll. Das haben wir auch erreicht, und wir konnten damit belegen, dass das Trennverhalten sich deutlich spürbar durch diese Angebotsverbesserung verbessert hat. Wir haben Restmüleinparungen um 20 Prozent realisieren können, was sicher damit einhergeht, dass die Leute durch das zusätzliche Angebot mehr getrennt haben. Wir haben selbstverständlich auch Aufklärungs- und Informationspolitik betrieben, aber eine der wesentlichen Erkenntnisse aus diesem Projekt ist: Ein Angebot an einem Platz zu schaffen, hilft auch, das Trennen zu befördern, und somit ist die Auswirkung und Konsequenz Ressourcenschonung, etwas für die Umwelt zu tun, aber auch Kosten zu sparen, denn durch die Erhöhung des Recyclingaufkommens konnten wir Einsparungen von bis zu 10 Cent pro Quadratmeter und Monat erreichen. Das sind große Beträge, die signifikante Auswirkungen auf die Betriebskosten haben. Das heißt also, auch der Mieter hat ein Interesse am Trennen, denn er spart dadurch bares Geld.

Jetzt habe ich Ihnen das Positivbeispiel gebracht, jetzt bringe ich auch das Gegenbeispiel. Wir haben natürlich noch weitere Plätze, mittlerweile über 22, die eine oberirdische Glasentsorgung bis zum Ende des vorigen Jahres hatten. Durch den Verband erfuhr ich erst in einer Arbeitsgruppe von dem beabsichtigten Abzug der Altglascontainer. Ich nahm das gleich zum Anlass, Kontakt zur Berlin Recycling GmbH aufzunehmen, welche Konsequenzen das konkret für uns hat. Wann werden welche Behälter an welchen Plätzen abgezogen? Leider konnte man uns damals im November noch keine verbindlichen Aussagen machen. Herr Buchholz sprach es an. Die Berlin Recycling GmbH war dort auch noch – – Die Informationslage war sehr dünn, sodass wir schon entsprechende Informationsschreiben vorbereiteten, um die Mieter zeitnah zu informieren, wenn es denn losgeht. Es überrumpelte uns dann einfach. Wir erfuhren durch unsere Hauswarte, dass die Tonnen ohne Vorankündigung abgezogen worden

sind, wie es wahrscheinlich auch andernorts in der Stadt passiert ist. Wir haben dann die Information nachgeschoben, und Sie können sich sicher vorstellen, dass das keine Begeisterungstürme bei den Mietgliedern ausgelöst hat.

Was sind jetzt die Konsequenzen? – Herr Rehberg zeigte gerade schon hervorragende Bilder. Zum einen sind unterschiedliche Verhaltensweisen der Mieter und Bewohner zu beobachten. Das Erste: Ja, es wird teilweise Altglas im Restmüll entsorgt, gar keine Frage. Bei der Variante 300 Meter bis zum Iglu oder Restmüllabfall – nehme ich also den Restabfall.

Was für eine Konsequenz hat das? – Sie müssen sich vorstellen, das Müllaufkommen in einer Wohnanlage unterliegt unterjährigen Schwankungen. Die Müllabholtage verändern sich. Die Leute sind mehr im Urlaub, mehr zuhause, Weihnachten fällt viel Müll an, das heißt, Sie haben Schwankungen. Diese Schwankungen müssen Sie mit diesen Müllbehältern ausgleichen. Das heißt, Sie werden niemals auf einem Müllplatz einen Müllbehälter haben, der immer zu 100 Prozent gefüllt ist. Also haben wir Reserven in Höhe von 5 bis 10 Prozent. Die wollen wir natürlich möglichst gering halten. Eine Auswirkung wird sein, dass diese Reserven, das haben wir schon nachweisen können, fast verschwunden sind. Das heißt, es wird zukünftig an besonderen Tagen zu starken Vermüllungen kommen, die nur durch einen zusätzlichen Aufwand unserer Hauswarte und durch Sonderabholungen beseitigt werden können. Das bedeutet ganz konkret für den Mieter eine Betriebskostenerhöhung.

Des Weiteren gibt es Mieter, die trotzdem – gerade die ältere Bevölkerung gehört dazu – das Trennverhalten beibehalten, mit der Konsequenz, nicht den Weg zum Iglu zu suchen, der 150 oder 300 Meter entfernt ist, sondern das Glas vorbildlich wie vorher auf dem Recyclingplatz zu deponieren. Da aber der Behälter nicht da ist, wird das Glas einfach auf den Boden platziert, was zur Konsequenz hat, dass wir als Unternehmen jemanden abstellen müssen, der das Glas einsammelt und fachgerecht entsorgt. Auch das bedeutet Personalaufwand und Kosten, die dann wieder als Betriebskosten auf die Mieter und Mitglieder umgelegt werden.

Ich fasse ganz kurz zusammen, was das für unsere Bewohner und auch für uns als Unternehmen bedeutet: Das Recycling nimmt signifikant ab. Es gibt Leute, die sagen: Warum soll ich weiterhin trennen? – Sie entsorgen es im Restmüll. Das bedeutet also auch, das Aufkommen des Glasrecyclings wird dadurch signifikant abnehmen, und die Kosten für unsere Bewohner werden steigen. Sie können sich vorstellen, dass da ein großes Unverständnis auf unserer Seite, aber auch auf der Seite der Bewohner herrscht.

Mein Appell an die Runde ist ganz klar: Was ich mir wünschen würde für die Zukunft, ist, dass man uns als direkt Betroffene in solche Prozesse einbezieht, denn wir sind diejenigen, die mit den Konsequenzen solcher Abstimmungserklärungen zu leben haben. Wir haben als Unternehmen keinerlei Einsicht und Einfluss auf die Gestaltung dieser Abstimmungserklärung, aber trotzdem sind wir diejenigen, die damit leben und die Konsequenzen vertreten müssen, wenn Behälter abgezogen, dazugestellt oder verändert werden. Wir müssen es den Leuten erklären. Wir müssen sie umgewöhnen. Die Entwöhnung, die jetzt stattfinden wird, ist spürbar und wird auch nicht so einfach wieder umzudrehen sein – heute hüh, morgen hott. Deshalb die Bitte für die Zukunft, wenn man solche Themen bespricht, dass man auch Vertreter der Wohnungswirtschaft wie auch unseren Verband anhört. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Die Nächsten sind die Herren Thielmann oder Richlitzki von der Berlin Recycling GmbH, wer auch immer von Ihnen möchte.

Hanno Thielmann (Berlin Recycling GmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Berlin Recycling GmbH ist der mit dem Holsystem in dem fraglichen Sammelgebiet beauftragte Dienstleister, der in der Qualität des Glases kritisiert ist. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich gleich auf die Kernproblematik eingehen möchte.

Nach Schließung der Sortieranlage in Velten im Winter 2012 kam es verstärkt zu Reklamationen der Glasqualität unserer Lieferungen durch die neu beauftragten Sortieranlagen. Das Problem war für uns als Geschäftsführung neu, sodass wir es zum Anlass nahmen, das langjährig bestehende Holsystem ab Sommer 2012 hinsichtlich seiner Organisation und Logistik zu überprüfen. Diese interne Überprüfung durch unser Qualitätsmanagement wurde ab Herbst 2012 um unsere Mitwirkung im Arbeitskreis „Glas“ gemäß § 6 Abstimmungsvereinbarung ergänzt. Sie wissen, dass dort mehrere Qualitätsarbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufnahmen und wir in den Arbeitsgruppen 2 und 3 mitwirkten, die sich mit Auswirkungen der Umleertechnik auf die Glasqualität und mit den Auswirkungen saisonaler Schwankungen im Glasaufkommen beschäftigt haben. Aus diesen eigenen Überprüfungen und den Arbeitsgruppen resultierten verschiedene Vorschläge und Forderungen zur Verbesserung der Glasqualität des Holsystems, die wir im Frühjahr beginnend und im Sommer 2013 abschließend wie folgt stadtwweit umgesetzt haben: Zum Thema scherbenschonender Transport und Umschlag haben wir insbesondere unsere internen Transportrichtlinien bezüglich der Ladegewichtsbegrenzung und der Fallhöhenreduzierung sowie einer Umsetzung neuer DSD-Vorgaben für Glasumschlagplätze zur Verbesserung der Lager- und Umschlagssituation genutzt. Aus den schriftlichen Äußerungen werden Sie wissen, dass die Scherbengröße ein wesentliches Kriterium für die Sortierfähigkeit von Recyclingglas ist. Wir werden den Umschlagplatz, den wir gegenwärtig nutzen, aufgeben. Er ist nach der Stilllegung von Velten deutlich überfordert. Wir hatten bis zur Schließung von Velten etwa die Hälfte unseres Glases direkt in die Sortieranlage gefahren, sodass im Grunde seit 2012 die doppelte Menge dort zum Umschlag kam, was natürlich bestimmte Beeinträchtigungen zur Folge hatte. Wir haben mittlerweile einen neuen genehmigten Glasumschlagplatz gefunden, den wir im ersten Quartal dieses Jahres in Betrieb nehmen werden, der entsprechend bessere Voraussetzungen für den Glasumschlag und für einen scherbenschonenden Umgang gewährleistet.

Wir haben zur Verbesserung der Farbtrennung z. B. eine breite öffentliche Trennkampagne vom Herbst 2012 bis zum Frühjahr 2013 durchgeführt, die insbesondere auf Schwerpunkte der Wohnungswirtschaft gerichtet war. Diese Kampagne war zum Teil aus Nebenentgelten finanziert, die zur Verfügung gestellt waren. Wir haben bezüglich der Verbesserung der Farbqualität im Übrigen insbesondere in der Wohnungswirtschaft bestimmte Kompromisse zur Farbtrennung beendet, fehlende Behälter, die eine Zweifarbtrennung voraussetzen, ausgestellt bzw. von absoluten Trennmuffeln, die darauf bestanden haben, nur einen Behälter bei sich stehen zu haben, abgezogen. Es handelt sich dabei um etwa 2 500 Behälter, die wir insoweit im Interesse der Farbtrennung bei der Wohnungswirtschaft und den gleichgestellten Fallstellen zusätzlich ausgerollt haben. Wir haben eine Verringerung von Vermüllung und Störstoffbefrachtung im Holsystem durch konsequentere Leerungsverweigerung entsprechender Kundenbehälter im Jahr 2013 durchgesetzt. Wenn Sie bitte bedenken, dass wir im ganzen Jahr 2012 ungefähr 1 000 solcher Fälle hatten, wo wir wegen Vermüllung eine Veranlassung ausgesprochen haben, das über den Restmüll zu entsorgen, so war es im Jahr 2013 die vierfache Anzahl. Wir haben 4 000 Mal gesagt: Wir leeren diesen Behälter wegen Vermüllung nicht.

Eine weitere Maßnahme im Hinblick auf eine Verringerung der Störstoffbefrachtung war unter anderem der zusätzliche Einsatz von Platzwarten, eine Maßnahme, wie sie jetzt auch in der neuen Ausschreibung bei der DSD planmäßig umgesetzt worden ist. Diese Platzwarte haben nicht nur Weisungsbefugnis bei schlechter Anlieferung durch die Sammelfahrzeuge, sondern

sie haben auch einen Störstoffentfrachtungsauftrag, wenigstens soweit es die Berufsgenossenschaft zulässt, einen oberflächlichen also.

Insgesamt hat die Berlin Recycling GmbH für diese qualitätsverbessernden Maßnahmen im Jahr 2013 gut 300 000 Euro aus eigenen Mitteln ausgegeben. Wir haben im Nachgang zu diesen Maßnahmen für interne Zwecke eine Begutachtung des Erfolges dieser Maßnahmen durchführen lassen. Zu diesen Gutachten würde ich jetzt im Detail nichts sagen wollen, weil Herr Oetjen-Dehne auch noch berichten wird und er sich noch einmal im Detail zu den Erkenntnissen aus der Untersuchung der nunmehr aktuell im Sommer bzw. im Herbst 2013 erreichten Glasqualität äußern wird. In jedem Fall kann man aber sicher zusammenfassen, dass danach die Lage für die Glasqualität des Berliner Holsystems im Vergleich zum Bringsystem durchaus nicht hoffnungslos ist und uns deutliche Verbesserungen in der Sammelqualität gelungen sind.

Im Übrigen kann ich feststellen, dass die letzte ordentliche Reklamation, die wir aus Qualitätsgründen durch Sortieranlagen erfahren haben, vom 11. Juli 2013 stammt. Seitdem liegen uns keine weiteren Reklamationen bezüglich der Glasqualität, sei es aus Farb- oder Störstoffgründen, vor. Insoweit fühlen wir uns in unserer Auffassung bestätigt, dass die Glasqualität aus dem Berliner Holsystem weder von Natur aus schlecht noch unverbesserlich ist. Allerdings verlangt die weitere Verbesserung der Glasqualität unbedingt die weiterhin konstruktive Mitwirkung aller Mieter. Wir freuen uns natürlich über Kampagnen im Rahmen der Trennstadt-Initiative, die dazu sicherlich beitragen können.

Ich muss noch darauf hinweisen, dass wir gegenwärtig weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Holsystems zurückgestellt haben. Da ist aus dem Gutachten und auch aus den Vorschlägen und Empfehlungen der Qualitätsarbeitsgruppe noch etwas offen. Das tun wir gegenwärtig deshalb nicht, weil wir im Sammelgebiet 104 auch die zwischenzeitlich optimierten Ladestellen abgezogen haben. Es ist also insoweit abzuwarten, wie es hier dann weitergeht. Wir sehen der gutachterlichen Begleitung im BE 104 erwartungsvoll entgegen und hoffen, dass insbesondere das dort vorgesehene Pilotprojekt mit abschließbaren Behältern im Holsystem die Qualitätsunterschiede zum Bringsystem noch weiter reduzieren oder beseitigen wird. Es ist Ihnen ja klar, dass ein Teil der Qualitätsunterschiede tatsächlich aus den in beiden Systemen, Hol- und Bringsystem, unterschiedlichen Behälteröffnungen resultiert, was dazu führen würde, dass hier „Waffengleichheit“ zwischen den Systemen hergestellt würde.

Sorge macht uns allerdings ein zunehmender künftiger Qualitätsnachteil des Holsystems aus der Entsorgung der gleichgestellten Anfallstellen. Das sind unter anderem Gaststätten, Hotels, Kantinen, also im Grunde Erzeuger, die durchaus mit einer stärkeren Störstoffbefrachtung im Sinne von verwendeter Porzellan, Steingut oder Ähnlichem zu tun haben, die aber auch nicht immer sehr farbtrennfreundlich agieren. Das wird künftig deshalb einen stärkeren Anteil haben, weil sie fast ausschließlich ins Holsystem entsorgen und im Gegensatz zur Wohnungswirtschaft, für die z. B. in dem betreffenden Sammelgebiet 104 diese Schutzzonen gelten, diese Ladestellen auch innerhalb der Schutzzonen Bestand haben und weiterhin im Holsystem enthalten sein werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Der Nächste ist Herr Schneider vom Dualen System!

Bernd Schneider (DSD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, dass wir an dieser Anhörung teilnehmen dürfen. Vielleicht vorab den wichtigen Satz: Wir als Duales System bekennen uns zum Berliner Modell. Wir wollen das Holsystem nicht einfach abschaffen, wir müssen es aber reformieren. Der äußere Anlass dazu, das Thema anzugehen, kam auch nicht von uns, der wurde uns vonseiten der Glasindustrie gesetzt. Die Glasindustrie hat im April 2012 den Senator angeschrieben und die Qualität des Glases in Berlin vehement moniert. Es ließe sich aus dem Berliner Altglas keine Flaschen und Gläser mehr herstellen. Es geht nur Downcycling, man hat eine hohe Restmüllquote. Das Berliner Altglas führt dazu, dass die Anlagen der Aufbereiter und der Hütten beschädigt werden. Das waren damals Argumente, denen wir uns nicht entziehen konnten.

Es stand zunächst im Raum, das Holsystem in Berlin komplett aufzugeben. Wir waren damals sowieso in Gesprächen mit der Senatsverwaltung. Es ging um die Wertstofftonne. Wir haben damals eine Abstimmungsvereinbarung geschrieben. In Gesprächen mit uns und der Senatsverwaltung kam da ein § 6 hinein, – er liegt Ihnen vor –, und da wurde vereinbart, dass wir nicht einfach das Holsystem komplett abschaffen, sondern dass wir uns noch einmal konkret anschauen, welche anderen Möglichkeiten es gibt, und dass ein Arbeitskreis gegründet wird, der aus Teilnehmern der glasaufbereitenden Industrie, der Glasaufschmelzindustrie, der Berliner Stadtreinigung, der Berlin Recycling GmbH und allen zehn dualen Systemen – es gibt nicht nur uns – und der Senatsverwaltung bestand. Wir haben damals lange darum gerungen, uns viele Gedanken gemacht, welche anderen Maßnahmen wir noch umsetzen können und sind zu dem Ziel gekommen: Wir müssen das Holsystem in Berlin nicht komplett abschaffen, aber wir müssen in Maßen korrigieren. So sind damals die Maßnahmen, von denen Sie heute wissen, die wir umgesetzt haben, entstanden, in Abstimmung mit dem Senat und der Glasindustrie. Die Alternative wäre gewesen, dass die Glasindustrie uns den Stöpsel zieht und das Glas nicht mehr annimmt. Das schien uns deutlich weniger attraktiv. Wir mussten uns bewegen. Wir haben uns wirklich viele Gedanken gemacht. Wir denken, dass die Maßnahmen, die wir letztendlich getroffen haben, auch richtig sind, und dass wir mittelfristig auch für die ganze Stadt zu Maßnahmen kommen müssen. Wir wollen diese Maßnahmen, gerade auch für das dieses Jahr zur Ausschreibung anstehende Gebiet – Mitte, Pankow und Reinickendorf –, nicht alleine treffen. Das ist kein Automatismus, das wollen wir mit Ihnen gemeinsam machen.

Vielleicht ein Wort zu Herrn Rehberg: Herr Rehberg! Es ist kein bewährtes System. Die Sammelei ist kein Selbstzweck, auch wenn Sie das immer wieder wiederholen: Das System, das wir haben, ist schlecht, bringt schlechtes Glas. Die Glasindustrie kann es nicht verwerten. Wir müssen etwas verändern. Wir können das Thema nicht von hinten denken, sondern man muss von vorne denken. Wir müssen uns alle gemeinsam klar werden: Wie kann das Berliner Modell künftig aussehen? Und wenn wir damit klar sind, dann muss auch Herr Rehberg mit seinen Wohnungsgesellschaften die entsprechenden Konsequenzen ziehen. So herum wird aus der Sache dann ein Schuh.

Herr Buchholz! Die vergleichbaren Anfallstellen wie Krankenhäuser, Hotels, die BfA, Kliniken und Polizeistationen standen nie im Fokus. Wir hatten nie vor, an Krankenhäusern Behälter abzuziehen. Das halten wir nach wie vor auch für richtig. Es geht nur um die privaten Haushalte.

Auch die Unterflursysteme, die hier hoch gelobt wurden, wurden mit unserer Beteiligung installiert. Es gibt viele andere Städte, die Unterflursysteme betreiben. Wir unterstützen das. Die

sind auch nicht von dem Abzug betroffen, sie werden weiter betrieben. Der Auftragnehmer für die Depotcontainer-Abholung entsorgt auch diese Unterflursysteme weiterhin. Da gibt es keine Änderungen.

In fünf Minuten den ganzen Sachverhalt zusammenzufassen ist schwierig, Herr Dr. Heide! Ich habe Ihnen eine ausführliche Stellungnahme geschickt und auch die ganzen Dokumente zur Verfügung gestellt. Ich kann nur wiederholen: Der Anlass ist ernst. Die Glasindustrie ist ernst zu nehmen. Wenn die Glasindustrie Ernst macht, wird es uns noch weniger gefallen. Wir müssen zu Lösungen kommen, wie wir unser System wieder richtig austarieren.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut, vielen Dank erst einmal für Ihre Ausführungen! – Ich nehme an, dass es zum Thema des Timings und des Prozedere bei der Umstellung nachher noch Fragen gibt, die wir in der Fragerunde der Abgeordneten entsprechend beantworten können. – Herr Quast ist dann der Nächste!

Tobias Quast (BUND): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, Ihnen hier die Perspektive, die ökologische Sicht eines Umweltverbandes noch einmal fokussiert darzustellen. Wir sprechen uns klar für den vollständigen Erhalt des haushaltsnahen Erfassungssystems im Holsystem aus. Wir befürchten, dass mit einer Umstellung, wie sie jetzt so abrupt erfolgt ist, wie schon von den Vertretern zu meiner Rechten, den Wohnungsbaugesellschaften, beschrieben, ein Rückgang der Sammelmengen einhergeht. Man muss ganz klar sagen, und darauf will ich noch einmal den Schwerpunkt legen: Wir sind hier in einem sensiblen System, wo es um die Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger in Berlin geht. Wenn wir da schnell, vorzeitig und ohne umfassende Informationen Schnellschüsse im System und Veränderungen angehen, dann hat das drastische Auswirkungen. Nicht nur, dass die Wege zu den Iglus weiter werden und es für ältere und körperlich eingeschränkte Menschen schwierig wird, sondern es geht auch um die Akzeptanz des Systems durch die Menschen, dass sie mitmachen. Wenn wir zu einem Depotcontainer-System kommen, brauchen wir eigentlich sogar noch mehr Motivation der Menschen, also müsste man noch einmal umso mehr darauf achten, gut zu kommunizieren. Wir befürchten auch, gerade im Zuge von – – Wir haben es schon von verschiedenen Stellen gehört: Diese 300 Meter, werden sie wirklich eingehalten? Steht der Container vielleicht doch weiter entfernt? Dann ist es schwierig, gerade, wenn vielleicht eine neue Genehmigung für einen Stellplatz nicht so schnell erfolgt ist. Da sind vielleicht schon Tonnen abgezogen, und schon haben wir die Situation, die durch Herrn Rehberg auch schön mit den Fotos dargestellt wurde: Erst einmal stellen die Leute ihr Glas noch im Hof ab, aber ich denke, das wird sich nicht lange halten, wenn sie merken, die Tonnen sind weg und kommen nicht wieder, und in der Nähe ist keine vernünftige Abgabemöglichkeit ersichtlich.

Wir als BUND betreiben auch im Rahmen des Förderfonds „Trennstadt Berlin“ ein Projekt zur Abfallberatung. Wir sprechen dort jedes Jahr mit Tausenden Menschen in der Stadt, an Infoständen und ganz intensiv auch in den Haushalten vor Ort über das Thema Abfalltrennung und -vermeidung. Aus den Rückmeldungen mit unseren zahlreichen Gesprächspartnern, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, können wir klar sagen, dass da Unverständnis herrscht. Das ist auch in der Vergangenheit so gewesen. Es wurde schon kurz erwähnt: Auch bei der Umstellung von Orange Box, Gelbe Tonne plus auf Wertstofftonne gab es gewisse Informationsdefizite bei den Bürgern. Die Bürger hatten sich dann an ein recht gut etabliertes System gewöhnt, haushaltsnah, praktisch zum Beispiel Elektrokleingeräte und Altholz dort

abzugeben, direkt in die Tonne im Hof werfen zu können. Als es dann dazu kam, dass aus nachvollziehbaren Gründen, die auch rechtlich notwendig waren, die Wertstofftonne eingeführt werden musste, fehlte es vielen Menschen an Informationen, und es gab ein großes Unverständnis darüber, dass jetzt diese Elektrokleingeräte da nicht mehr entsorgt werden dürfen. Die Folgen sind Fehlwürfe in der Restmülltonne. Das befürchten wir beim Glas natürlich in ähnlicher Form. Deshalb noch mal der Appell: Es ist wichtig, frühzeitig und umfassend alle Betroffenen, die Wohnungsbauunternehmen, die Institutionen der Umwelt- und Abfallberatung und vor allem auch die Bürger in solche gravierende Eingriffe in das Trennsystem einzubeziehen.

Zur Frage – bevor man die Änderung des Systems durchsetzt –: Ist es wirklich so, wie zum Teil verlautbart wurde? Ist die Glasqualität in Berlin so klar nach Tonnen im Hof und Iglus zu unterscheiden? Wo sind da die Unterschiede? Ich glaube, mein Nachredner, Herr Oetjen-Dehne, wird noch mal Genaueres dazu darlegen. Ich finde das im Vorfeld schon sehr interessant.

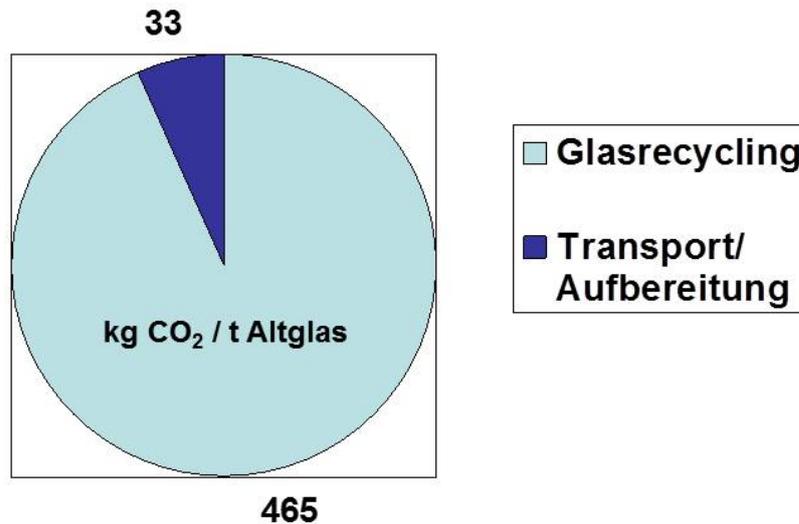
Was von dem Vertreter von Berlin Recycling, meinem Vorredner, schon gesagt wurde: Ich fände es auch wichtiger, statt einen solchen drastischen Eingriff vorzunehmen, der gleich auch stark an den Trenngewohnheiten der Menschen in Berlin rührt, alternative Lösungsmöglichkeiten zu prüfen, z. B. verschließbare Deckel, andere Abholfahrzeuge, Optimierung bei den Umladeprozessen, Vorsortierung in Zwischenschritten. Diese Schritte ernsthaft prüfen und analysieren, regelmäßige Qualitätsprüfungen – wenn wir das haben, können wir auch weiter überlegen, ob weitere Maßnahmen nötig sind oder nicht.

Kurz erwähnt wurde auch schon – das ist aus bezirklicher Sicht auch noch mal ein Punkt gegen das Iglusystem – die Vermüllung der Standorte vor Ort im Straßenland. Das ist in Berlin auf jeden Fall ein Thema, das auch gegen die Depotcontainer-Sammlung spricht.

Ich habe abschließend noch eine Grafik mitgebracht – vielleicht kann die gezeigt werden –, die noch einmal den Aspekt des Klimaschutzes durch das Glasrecycling aufwirft und die Vor- und Nachteile von Hol- und Bringsystemen aufzeigen soll. Es geht hier vor allen Dingen um Größenordnungen. Man kann hier klar sehen, die Grafik zeigt die Klimabilanz des Glasrecyclings in Berlin auf der Basis des Maßnahmenplanes zur vorbildhaften klimafreundlichen Abfallentsorgung, vom Senat in Auftrag gegeben durch das Ifeu-Institut, und dann unter anderem realisiert. Auf der einen Seite entsteht eine große CO₂-Entlastung. Insgesamt sind das 465 Kilogramm CO₂ pro Tonne Altglas. Das setzt sich aus zwei Anteilen zusammen. Zum einen die große Entlastung bei der Einschmelzung. Das ist dann der gesamte Kreis, 498 Kilogramm, also 465 Kilogramm plus die 33 Kilogramm, eine große Klimaentlastung, also fast eine halbe Tonne CO₂-Einsparung pro Tonne gesammeltem und verwertetem Altglas. Dagegen steht ein kleiner Anteil für Transport und Aufbereitung. Das sind nur 33 Kilogramm CO₂ pro Tonne Altglas. Wenn wir jetzt in dem Bringsystem einen Vorteil gegenüber dem Holsystem erkennen wollen, weil wir die Depotcontainer, die Iglus nicht so oft abholen müssen und vielleicht auch die Qualität des Glases ggf. besser ist und es einmal weniger durch die Anlage laufen muss, dann sieht man hier, wie gering diese Dimension ist, wie gering diese Größenordnung ist, dass man sagen kann, die klimarelevante Dimension ist da wirklich gering.

Klimabilanz Glasrecycling in Berlin

Verhältnis CO₂- Emissionen durch Sammlung/Aufbereitung
vs. CO₂-Einsparung durch Glasrecycling



Datenquelle: Maßnahmenplan zur Umsetzung einer vorbildhaften klimafreundlichen Abfallentsorgung im Land Berlin, ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH, 2012

Im Gegensatz dazu geht es um die Mengen des gesammelten Altglases für die Klimarelevanz, für den ökologischen Vorteil. Auch da noch mal das klare Argument für den Erhalt der haushaltsnahen Erfassung, um damit auch größtmögliche Sammelmengen zu erzielen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Weil wir bei der Qualität des Altglases sind, ist der Nächste Herr Dreier von der Firma Ardagh Glass GmbH. – Bitte, Sie haben das Wort!

Burkhard Dreier (Ardagh Glass GmbH): Vielen Dank erst einmal für die Einladung! Sie hat mich leider erst letzten Freitagabend erreicht. Insofern keine Präsentation oder Ähnliches, sondern eine Stellungnahme, wie wir die ganze Situation sehen. – Wir stehen als Glashersteller im wahrsten Sinne des Wortes am Anfang und am Ende der Nahrungskette gleichzeitig. Wir produzieren das Glas, die Flaschen für die Produkte, die die Bürger kaufen, und der Bürger gibt sie über die Sammelunternehmen an uns zurück, damit wir wieder neue produzieren können. Im Bereich des Altglaseinsatzes geht es bis in Regionen von über 90 Prozent, wo Altglas für die Herstellung neuen Glases verwendet werden kann. Das ist eine absolute Erfolgsgeschichte, und hier sind wir auch in Deutschland sehr weit voran. In England gehen z. B. große Teile des Altglases, weil die Sammelqualität teilweise so miserabel ist und weil das System ganz anders funktioniert, von vornherein auf die Deponie oder in den Straßenbau. In Deutschland werden allein von uns – wir betreiben acht Glashütten in Deutschland, eine davon in Neuenhagen vor den Toren Berlins – über 800 000 Tonnen Altglas verwendet. Das

sind pro Bürger der Bundesrepublik 10 Kilogramm Altglas, die allein von unserem Unternehmen verwendet werden.

Um dieses Altglas zu 90 Prozent zu verwenden, um neues Glas zu erzeugen, muss dieses zum einen möglichst sortenrein gesammelt werden, das heißt, weiß zu weiß, grün zu grün, braun zu braun, und alles, was man nicht definieren kann – es gibt ja immer mehr nicht definierbare Farben – ins Grünglas. Hier ist sicherlich noch weitere Aufklärung usw. erforderlich. Was wir benötigen, sind möglichst saubere große Scherben in den einzelnen Farben.

Das Problem, das wir in Berlin seit Jahren haben – und daran ist, vielleicht wird es der eine oder andere anders darstellen, auch die Aufbereitungsanlage Velten gescheitert und deshalb geschlossen worden –, ist, dass es nicht möglich war, aus dem Glas, das in Berlin gesammelt wurde, wirklich gut verwertbares Glas für die Glasindustrie zu erzeugen. Womit das zusammenhängt, ob das mit der Hofsammlung oder der Iglusammlung zusammenhängt, vermag ich nicht zu sagen. Ein ganz wichtiger Grund hierbei ist mit Sicherheit die Sammlung mit den Pressmüllwagen, weil die einfach zu sehr viel Feinmaterial führt, was für uns sehr gefährlich ist. In der Glasindustrie geht es um Einschlüsse. Keiner von Ihnen möchte sicherlich, dass zu Hause das Nutella-Glas im Kühlschrank auseinanderbricht, weil irgendwo ein Stück Porzellan oder Ähnliches drin ist, oder eine Sektflasche, die Silvester explodiert. Aus diesem Grund wird von uns extrem viel Wert auf eine sehr hohe Qualität des Glases gelegt und sehr viel aussortiert. Trotzdem können wir diese hohen Scherbenquoten fahren, weil es Aufbereitungsunternehmen gibt, die in der Lage sind, aus gutem Sammelglas Ware zu erzeugen, die weniger als 25 Gramm Fremdstoffe pro Tonne enthält. Das ist aber nur möglich bis zu einem gewissen Größenmaß dieser Scherben. Aufgrund der Art der Sammlung in Berlin wird hier sehr vieles feines Material, Feinanteil, erzeugt, was bei uns zu Problemen führt. Dieser Feinanteil ist nicht sortierbar und zerstört die Wannen letztlich, weil es auch sehr abrasiv ist. Es macht auch die Anlagen der Aufbereiter sehr schmutzig. Es kommt zu einer sehr starken Verstaubung und Ähnlichem. Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine wesentliche bessere Sammelqualität. Bisher erscheint es so, dass diese verbesserte Sammelqualität am besten über die Iglusysteme zu erreichen ist, da diese nicht nur in Deutschland, sondern europaweit erfolgreich im Einsatz sind und zu sehr guten Ergebnissen führen.

Eine ganz klare Aussage – und da vielen Dank an den Kollegen vom BUND –: Die Art der eingesetzten Müllwagen scheint aus meiner Sicht ein ganz großes Problem bei der Altglaserfassung zu sein, weil diese einfach – sorry! – Kleinholz aus allem machen, was man reinschmeißt, und das ist bei Glas sehr gefährlich. Eine Porzellantasse in einem Iglu zerspringt in drei, vier Teile. Die können in modernen Sortieranlagen wunderbar aussortiert werden. Eine Porzellantasse in einem Müllpresswagen kommt am Ende als halber Sand raus und führt zu 50 Einschlüssen in der Glasindustrie und damit entweder zu einer Vernichtung des Glases oder ggf. sogar – das versuchen wir natürlich alle zu vermeiden – zu einem Risiko für den Endverbraucher.

Vor diesem Hintergrund ganz klar die Aussage: Die Glasqualität, die aus Berlin kommt, muss wesentlich verbessert und nach Möglichkeit auch erhöht werden. Wir haben Interesse an jeder Tonne Glas. Es gibt in Deutschland zwei Glaswerke von uns – wir haben insgesamt acht –, die massive Probleme haben, genügend Altglas zu bekommen. Das eine ist Neuenhagen vor Berlin, und das andere ist Drebkau bei Cottbus. Alle anderen Werke haben kein Problem, genügend Altglas zu bekommen, weil dort einfach der Anfall systematischer, größer und besser ist. – Das wär's!

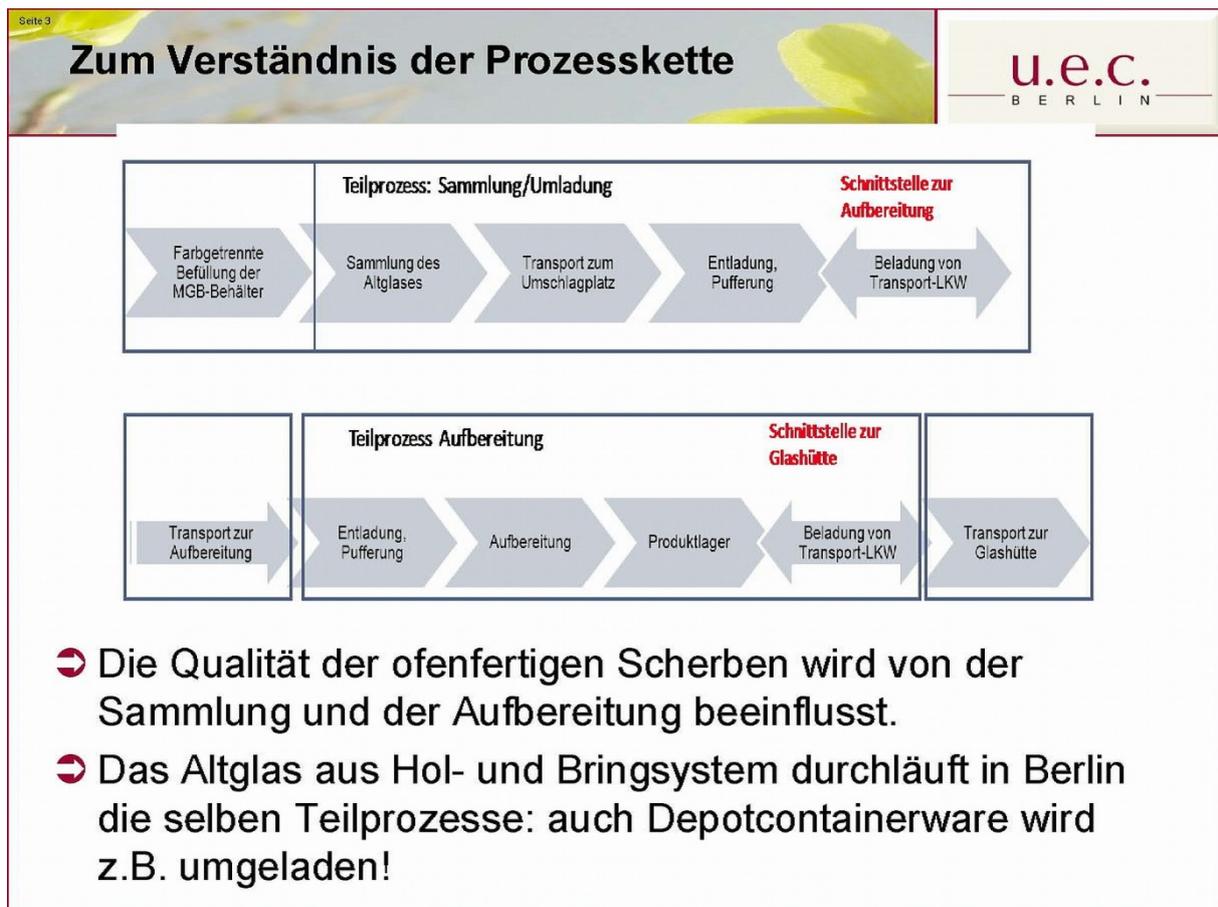
Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Wir haben dann Herrn Oetjen-Dehne auf der Liste. Er macht eine Powerpoint-Präsentation.

Rüdiger Oetjen-Dehne (U.E.C. Umwelt- und Energie-Consult GmbH): Vielen Dank! Die Information für Sie ist leider ein bisschen kurzfristig gekommen, deswegen habe ich hier noch mal die Präsentation, damit derjenige, der das nicht noch in der Nacht lesen konnte, auch die Informationen bekommt.

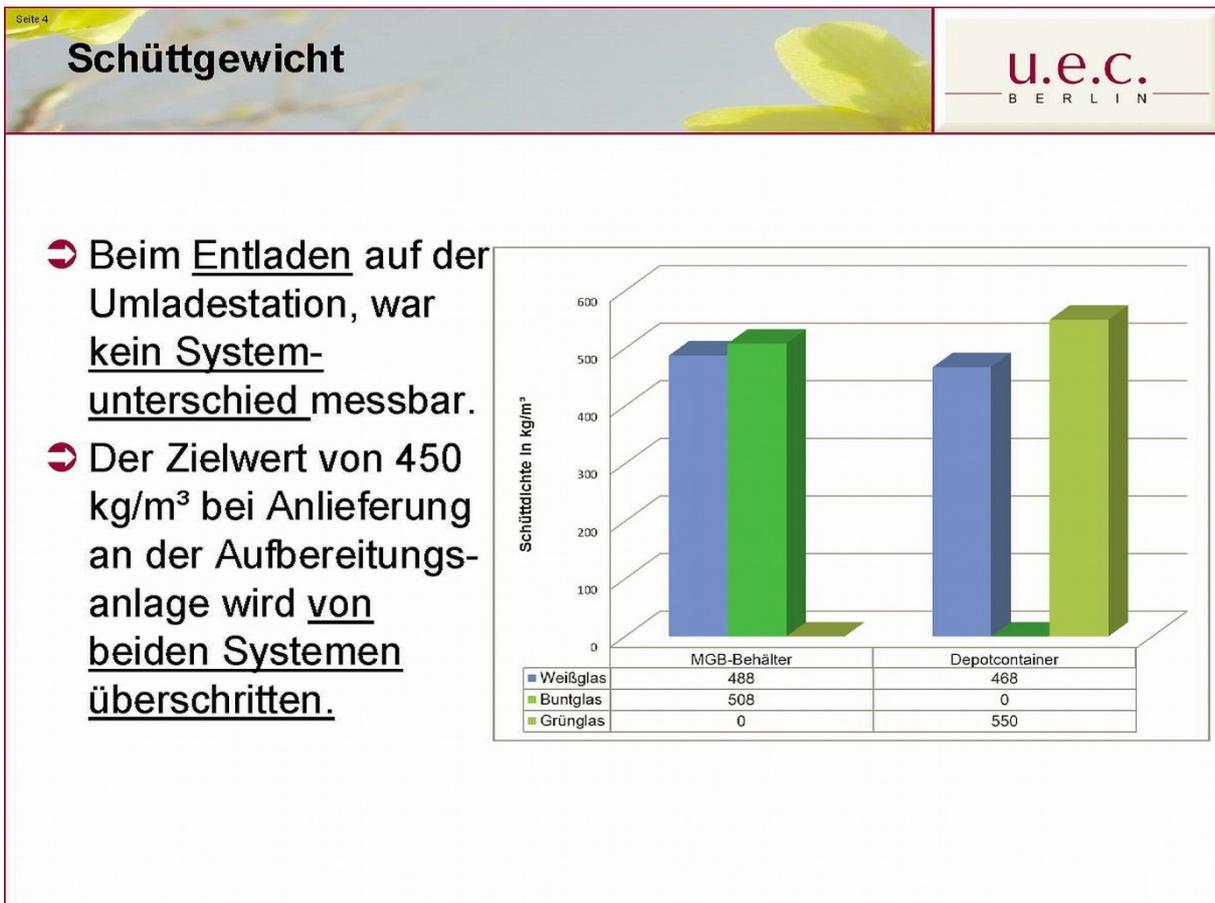
Ich bin in der glücklichen Situation, nicht über Qualität des Altglases aus Berlin spekulieren zu müssen, sondern kann Ihnen heute Daten präsentieren, die wir im Auftrag der Berlin-Recycling im vergangenen Jahr, im Juli 2013, auf Basis von Stichproben in einer Arbeitsgemeinschaft von Prof. Scheffold, Herrn Kanthak und mir ermittelt haben. Hintergrund ist, dass Prof. Scheffold bereits in den Neunzigerjahren kurz nach Einführung des Systems Untersuchungen zur Qualität gemacht hat. Dann gab es noch eine Untersuchung 1996, und dann hat es bis zu dieser Untersuchung im Juli 2013 keine einzige Analyse mehr gegeben. Was es gibt, sind qualitative Einschätzungen.

Was wir gemacht haben, erzähle ich Ihnen im Detail. Die Argumente, die wir heute gehört haben und die teilweise auch in den Unterlagen stehen, kann man teilweise abschichten. Thema Kosten: Sicherlich ist ein Holsystem teurer als ein Depotcontainersystem. Darüber muss man nicht diskutieren. Es hat aber auch den Vorteil, eine höhere Erfassungsmenge zu bringen, wobei die Erfassungsmenge für sich genommen ja keinen Wert darstellt, wenn sie keine hohe Qualität hat. Wir haben die Farbtrennung natürlich insofern als Problem, als wir im Holsystem nur zwei Farben erfassen, sogenanntes Weißglas und eben Buntglas, und nicht noch zusätzlich Grünglas, wie das bei den Depotcontainern der Fall ist. Darüber muss man nicht diskutieren. Angestoßen worden ist das Thema wegen der Qualität der Sammelware, und es ist Ihnen bereits geschildert worden, was zwischen 2012 und 2013 dann an Optimierungsüberlegungen nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt worden ist. Das eigentliche Problem, das auch gerade wieder angesprochen wurde, ist, dass die Pressmüllfahrzeuge zu viel Glasbruch erzeugen würden. Im Gegensatz zu Depotcontainern könne die Schüttdichte nicht erreicht werden, die die Aufbereiter brauchen, um sortieren zu können. Das weitere Thema, das dann angesprochen wird – höhere Fehlwürfe, deshalb höhere Störstoffanteile, und deswegen sei das Glas dann unverwertbar. Die Lösung, die jetzt in einem Gebiet Berlins umgesetzt worden ist, ist die weitgehende Einstellung des Holsystems und der Ausbau des Depotcontainersystems, wobei es da offensichtlich noch an den Stellplätzen mangelt.

Zum Verständnis: Wir haben es mit zwei Schnittstellen zu tun, eigentlich sind es drei. Die erste Schnittstelle ist im Haushalt, dann wird das Material gesammelt, umgeladen und geht dann zur Aufbereitung. Das heißt, zwischen den Teilprozessen Sammlung und Umladung gibt es eine Schnittstelle in die Aufbereitungsanlage. Dann wird das Material aufbereitet, und erst dann geht es in die Glashütte. Jedes Glas geht über die Aufbereitung in die Glashütte, und die 25 Gramm, die gerade als Beispiel genannt worden sind, für die Fraktion Keramik, Steine, Porzellan, die dann nur noch in den ofenfertigen Scherben sein dürfen, müssen an der Schnittstelle zur Glashütte eingehalten werden. Was ich Ihnen jetzt berichte, ist die Qualität an der Schnittstelle zur Aufbereitung, also das, was hier in Berlin gesammelt wird.



Thema Schüttgewichte: Wir haben sowohl Proben aus dem Holsystem als auch aus den Depotcontainern untersucht. Auch die Depotcontainer müssen in Berlin umgeladen werden. Das sind logistische Abläufe, die dazu führen, dass das Material nicht direkt zu den Aufbereitern gefahren wird. Bereits beim Eingang in die Umladestation hat das Material, völlig unabhängig davon, ob es aus einem Holsystem oder aus einem Depotcontainersystem stammt, Dichten, die oberhalb von 450 kg pro m^3 liegen.



Wenn wir dann das Material wieder neu verladen müssen, dann erreichen wir Dichten von bis zu 800 kg pro m³, und zwar unabhängig davon, ob wir Hol- oder Bringsystem fahren. Es ist hier ein logistisches Problem. Das Auskippen auf einer Umladestation und das erneute Verladen führen zu Glasbruch.

Seite 5

Schüttgewicht: Problem ist die Umladung

u.e.c.
BERLIN

- ➔ Durch den Umladevorgang steigt die Schüttdichte bis auf rund 800 kg/m³ (im LKW zur Aufbereitungsanlage) an. Fazit: Bruchglasbildung kommt durch den Umleervorgang. Unterschiede zwischen Hol- und Bringsystem (Depotcontainer) sind nicht auszumachen.



Ca. 300 kg/m³

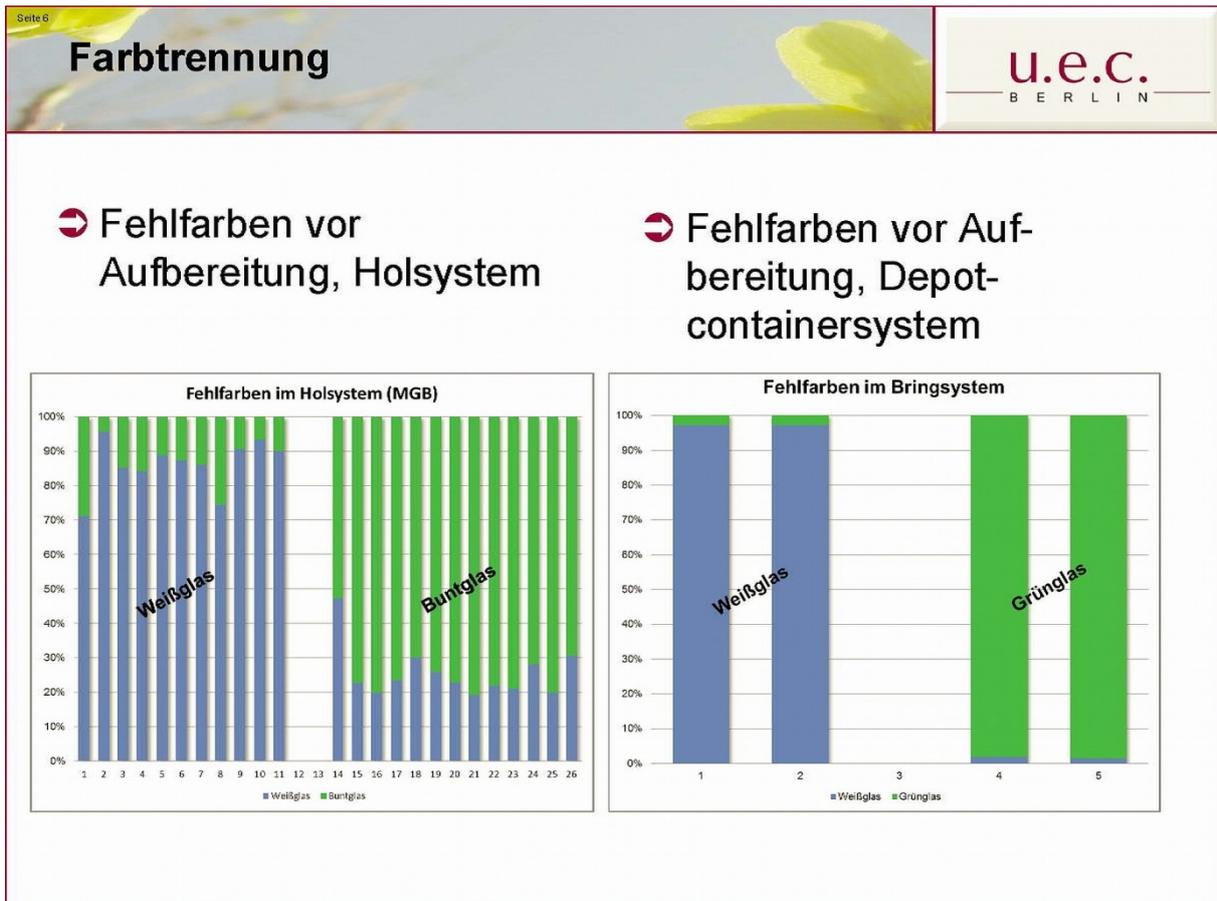


Ca. 480 kg/m³



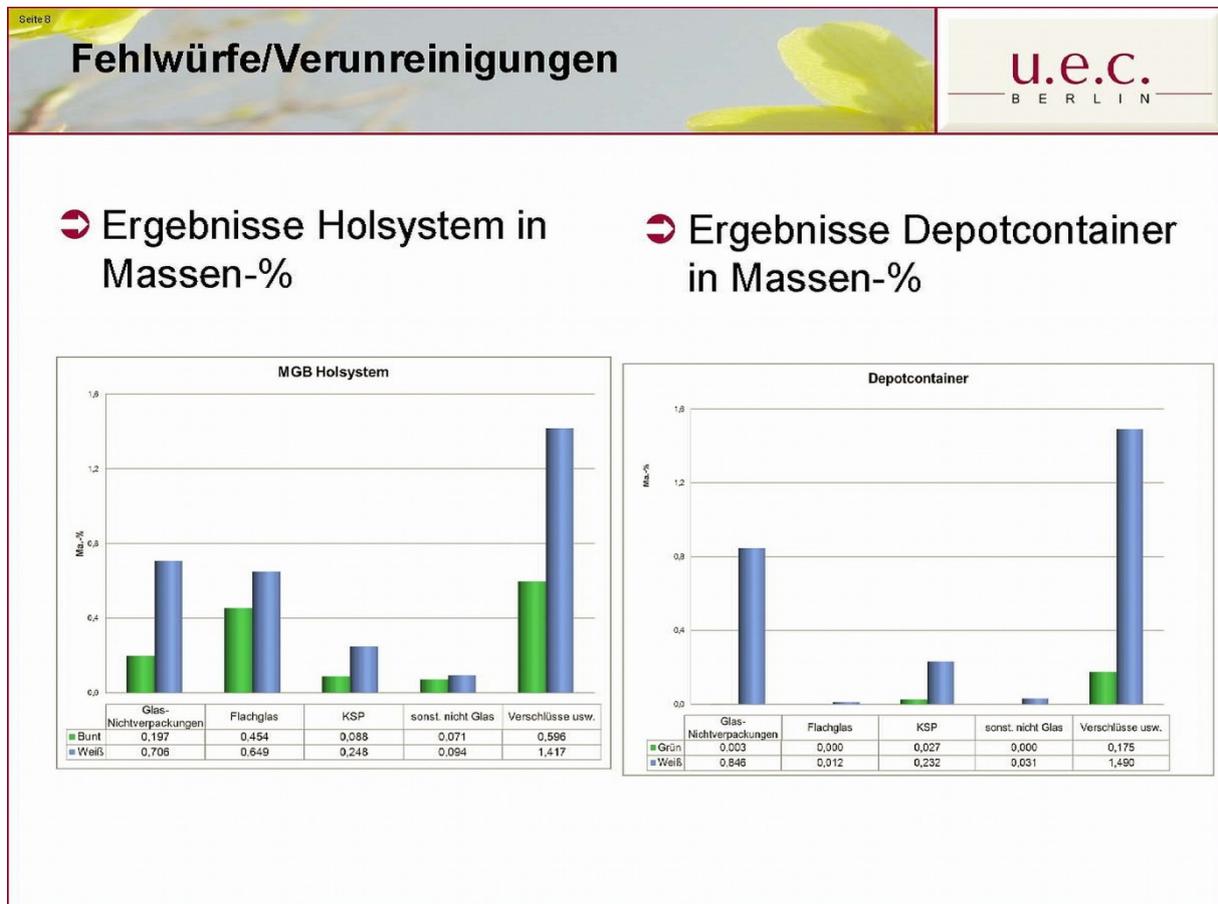
Ca. 800 kg/m³

Das Thema Farbtrennung ist angesprochen worden. Darüber muss man im Moment auch nicht mehr diskutieren. Ja, es ist so, die Farbtrennung ist schlechter, gerade wenn wir uns das Weißglas angucken. Weißglas muss hochrein sein. Wir haben deutliche höhere Fehlfarbanteile in der Weißglassammlung, wenn das Material aus dem Holsystem stammt, als wenn es aus dem Depotcontainersystem stammt. Hier muss man also ganz klar sagen: Zum Zeitpunkt der Untersuchung hatte das Depotcontainersystem eine höhere Farbtrennung und Farbgenauigkeit als das doch sehr komfortable Holsystem.



Fehlwürfe/Verunreinigungen: Es klingt manchmal so, als hätten wir 20 Prozent Müll im Glas, und deswegen sei es nicht verwertbar. Wir haben natürlich problematische Stoffe drin wie Keramik, Stein, Porzellan und „sonstiges Nicht-Glas“ wie Verschlüsse, lose Etiketten und Ähnliches. Das muss vorher abgetrennt werden. Dafür ist dann auch die Aufbereitungsanlage zuständig.

Die Unterschiede, die wir zwischen Holsystem und Depotcontainersystem gefunden haben, sind sehr heterogen. Es gibt Unterschiede beispielsweise beim Flachglas. Wir müssen mal daran denken: Das, was wir dort sammeln, heißt im einfachen Sprachgebrauch Altglas, meint aber nicht Flachglas, sondern Behälterglas. Da fängt schon das erste Problem auch in der Kommunikation an. Eine Kommunikation aufzubauen, die dafür sorgt, dass beispielsweise blaues Glas in den grünen Glasbehälter kommt, ist bei den Bürgern sicherlich nicht einfach zu installieren. Sie sehen rechts die Untersuchungsergebnisse für das Depotcontainersystem. Auch hier finden wir natürlich Verunreinigungen. Wenn man das Thema Flachglas außen vor lässt, dann sind sie aber in derselben Größenordnung.



Kurzum: Was haben wir gefunden? – Thema Schüttdichte: Es gibt hier den Unterschied zwischen den beiden Systemen nicht. Man muss, in Richtung auf die Aufbereitung gedacht, weitere Überlegungen anstellen. Es löst das Problem nicht, wenn wir das Holsystem einstellen.

Seite 9	Sind die Argumente gegen das Holsystem nachvollziehbar?	u.e.c. BERLIN
<ul style="list-style-type: none">➡ Argument: Durch Sammlung mit Pressmüllfahrzeug zu viel Glasbruch, deshalb zu hohe Dichten. Nur mit Depotcontainern kann Schüttdichte < 450 kg/m³ erzielt werden. ➤ Unsere Untersuchung zeigt, dass das Problem bei der – leider unverzichtbaren- Umladung liegt.➤ Die Reduzierung/Abschaffung des Holsystems löst das Problem keineswegs!		

Zur These, nur mit Depotcontainern würde spezifikationsgerechtes Altglas gesammelt: Das ist so nicht der Fall. Keramik, Steine, Porzellan, hier in der Weißglasfraktion, sind in beiden Sammelsystemen etwa in der gleichen Größenordnung vertreten. Der Flachglasanteil ist im Holsystem höher als im Depotcontainersystem, und der Fehlfarbanteil – hier sehen Sie auch noch mal die Zahlen – ist deutlich höher. Daran muss man arbeiten, denn Qualität ist in der Tat natürlich wichtig für den weiteren Prozess in der Aufbereitung. Alles auf die Aufbereitung abzuschieben, wird auch nicht funktionieren.

Seite 10

Sind die Argumente gegen das Holsystem nachvollziehbar?

u.e.c.
BERLIN

➡ Argument: Nur mit Depotcontainer wird spezifikationsgerechtes Altglas gesammelt.

➤ Nein, vielmehr ergibt sich ein differenziertes Bild:

	Spezifikation für Sammelware Weissglas, BDE/BVSE 2013	Weissglas aus Holsystem in Berlin	Weissglas aus Depotcontainern in Berlin
Keramik, Steine, Porzellan (KSP)	< 0,15 %	0,248 %	0,232 %
Flachglas	Maximal 2 %	0,649 %	0,012 %
Fehlfarbanteil	< 3 %	13,9 %	2,9 %

Mein Fazit: Auch Depotcontainer haben in Verdichtungsgebieten Qualitätsprobleme. Die von einigen Beteiligten geforderte landesweite Abschaffung des Holsystems greift zu kurz und ist im Gesamtzusammenhang – da denke ich jetzt mal abfallwirtschaftlich – sicherlich kontraproduktiv. Die Einstellung des Holsystems wird sicher Kosteneinsparungen in Millionenhöhe bewirken, aber nicht für die Bewohner Berlins. Der Abzug haushaltsnaher Behälter nach weit über 20 Jahren ist abfallwirtschaftlich vor allem auch ein falsches Signal, sodass die Empfehlung aus meiner Sicht die Optimierung des Holsystems und nicht die Reduzierung ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Last but not least springen wir jetzt von der Glasqualität zur Qualität der Aufstellflächen. Insofern wäre ich Ihnen, Herr Geisel, recht dankbar, wenn Sie über Ihre Schwierigkeiten berichten könnten, Aufstellflächen zu finden. Es gibt ja viele Leute, die beim Recycling gern mitmachen würden, aber sagen: Bitte den Container nicht bei mir vor die Tür, weil wir genau wissen, da wird dann auch mal Sonntagmittag

eingeworfen, und anschließend werden die Pappkartons danebengestellt. – Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie über die Schwierigkeiten berichten würden, die Sie als Bezirksbürgermeister haben.

Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (BA Lichtenberg): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zwar Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, also einer der betroffenen Bezirke, spreche aber hier in der Rolle des Vorsitzenden des RdB-Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt für die Berliner Bezirke. Herr Vorsitzender! Sie haben das Problem eben genau richtig beschrieben. Den Standorten im öffentlichen Straßenland sind an einer bestimmten Stelle objektive Grenzen gesetzt. Ich will das mal aus Sicht der Bezirke schildern: Die Baustadträte sind vom Dualen System in einer Beratung im Februar 2013 davon informiert worden, dass das Duale System die Ausweitung des Bringsystems beabsichtigt. Von einer Aufgabe oder einer Einschränkung des Holsystems war damals aber nicht die Rede. Aus dem Protokoll dieser Beratung geht hervor, dass die Stadträte damals eine solche Ausweitung kritisch sahen, eben wegen der befürchteten Vermüllung des öffentlichen Straßenlands. Die Stadträte sind noch sehr geprägt von dem Kampf gegen die illegalen Altkleidercontainer, die das Straßenland zugemüllt hatten. Wir haben intensiv daran gearbeitet, diese Container zu beseitigen, und sahen nun das nächste Problem in Form von Iglus auf uns zukommen. Was ist nun passiert? – Inzwischen sind aus den Müllstandflächen und Müllräumen der großen Wohnungsgesellschaften in den Großsiedlungen – es ist ja nicht flächendeckend über die einzelnen Bezirke hinweg passiert, sondern schwerpunktmäßig in den Großsiedlungen, den Plattenbausiedlungen – nach den mir vorliegenden Zahlen 7 700 Behälter von etwa 4 000 Standorten abgebaut worden. Das ist entweder ohne Ankündigung oder mit lapidaren Erklärungen geschehen. Ich selber habe durch Mieterproteste davon erfahren. Das Bezirksamt musste sich selber erst mal schlau machen, was dort passiert, hatte also selber keine Informationen vorliegen.

Von einer Ausweitung des Bringsystems kann allerdings bisher keine Rede sein. Für den Bezirk Lichtenberg sind seit Anfang 2013 gerade mal fünf neue Depotstandorte hinzugekommen. Wir haben – um die Größenordnung einschätzen zu können – etwa 450 solcher Depotstandorte im Bezirk Lichtenberg, aber vorrangig nicht in den Großsiedlungen. Fünf Standorte, die hinzugekommen sind, können den Abbau der Behälter in diesen Größenordnungen natürlich nicht kompensieren. Ich möchte betonen: Mehr Anträge gab es bisher nicht. Weil vorhin formuliert worden ist, die Bezirke würden sich weigern, weitere Standorte einzurichten, würde ich die Replik geben: Man müsste zunächst mal weitere Standorte beantragen oder mit uns diskutieren, dann könnten wir auch entsprechend reagieren, selbst wenn die objektiven Grenzen, die ich eingangs erwähnt habe, dort existieren. Daraus resultiert natürlich Streit mit Mieterinnen und Mietern. Ich habe erfahren, dass den Mietern vom Dualen System oder wem auch immer der Hinweis gegeben wird, den Bezirksämtern doch Standortvorschläge zu machen, oder gesagt wird, die Bezirksämter hätten keine Standorte zugewiesen. Ich muss im Namen der Bezirke dieses Schwarze-Peter-Spiel ablehnen. Es funktioniert so, dass bei uns Anträge gestellt werden und wir dann diese Anträge objektiv beurteilen. Wie gesagt, in Lichtenberg gab es fünf Anträge und fünf Genehmigungen.

Es ist hier schon beschrieben worden, was passiert: Das Glas wandert zu beträchtlichen Teilen in den Hausmüll, oder es ist zu beobachten, dass die Mieterinnen und Mieter, weil sie ja trennen wollen, die Glasflaschen oder Glasbehälter in die alten Müllstandorte der Häuser hineinräumen und die Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Vermieter dann das

Problem haben. Unstrittig ist, dass die Müllsammelplätze in den Häusern nur für Grün- oder Weißglas ausgelegt waren, zu große Öffnungen haben und deshalb zu Fehlwürfen verleiten. Das ist auch vonseiten der Bezirke unstrittig. Aber wir verstehen nicht, dass wir in einem Hochtechnologieland wie Deutschland nicht in der Lage sein sollen, Müllbehälter zu konstruieren, die in die Häuser passen und dreifarbig sortieren. So groß kann dieses Problem nicht sein. Auf diese Art und Weise könnte man die Zahl der Fehlwürfe durchaus einschränken oder zumindest an die Anzahl der Fehlwürfe in die Iglus, die Depotbehälter, angleichen.

Bei den Mieterinnen und Mietern herrschen Unverständnis, Empörung, ja Wut. Wir sehen das an der Anzahl der Protestbriefe, die das Bezirksamt erreichen. Durch die Fehlwürfe oder Vermüllung der normalen Müllbehälter durch zusätzliches Glas entstehen für die Mieterinnen und Mieter erhöhte Müllkosten, erhöhte Betriebskosten. Deswegen kann ich dieses Unverständnis durchaus nachvollziehen. Ich betone noch mal: Der Abbau hat in den Großsiedlungen der betroffenen drei Bezirke nahezu flächendeckend stattgefunden und ist durch die Anzahl der neu aufgestellten Behälter nicht zu kompensieren. Insofern drängen wir darauf, dass dieses Pilotprojekt – oder wie immer man das nennt – korrigiert und durch ein qualitativ hochwertigeres Holsystem – das will ich nicht bestreiten – ersetzt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Dann sind wir einmal durch. Will der Senat noch Stellung nehmen? – Herr Gaebler, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete und Anzuhörende! Gut an dieser Anhörung ist, dass sie deutlich gemacht hat, wie komplex das ganze Thema ist. Ich bin auch den Anzuhörenden sehr dankbar, dass sie das sehr sachlich und faktenreich vorgetragen haben, weil das genau das Problem ist, das uns als Verwaltung an der Stelle ja auch beschäftigt hat. Ich will vorher aber etwas zu dem rechtlichen Rahmen des Ganzen sagen, damit nicht falsche Anforderungen oder Eindrücke entstehen, wer hier was wie beeinflussen müsste, könnte oder sollte. Auf Grundlage der Verpackungsverordnung von 1991 ist die Altglasentsorgung der Privatwirtschaft übertragen worden. Es ist also ein rein privatwirtschaftliches System. Die derzeit zehn auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen, die sogenannten Systembetreiber, müssen die Durchführung der flächendeckenden Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen einschließlich Altglas und die Einhaltung der Verwertungsquoten organisieren und sicherstellen. Die Rolle, aber auch die Verantwortung der Landes- und Kommunalbehörden, in diesem Fall der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, beschränkt sich daher im Wesentlichen auf die Feststellung der flächendeckenden verbrauchernahen Entsorgung, das Einwirken auf die Bezirke, ggf. im Moderationsprozess auch Stellplätze zur Verfügung zu stellen, die Bewahrung der verbleibenden Belange der kommunalen Abfallwirtschaft und die Sorge dafür, dass die in den Abstimmungsvereinbarungen getroffenen Regelungen auch eingehalten werden. Dass jetzt die Senatsverwaltung darüber entscheiden kann, ob und wie im Rahmen des dualen Systems gesammelt wird, ist nicht so. Natürlich bemühen wir und auch die Systembetreiber uns um ein vernünftiges Miteinander und sprechen auch darüber, vor allen Dingen, weil wir bestimmte Dinge wie Quotenerreichung und Ähnliches auch konkret überwachen, aber der Weg dahin, das wurde eben schon deutlich – da gibt es viele Möglichkeiten, das umzusetzen.

Es hat Gespräche über die Altglasqualität gegeben, das ist ja hier auch angedeutet worden. Es hat auch Schreiben der Altglasindustrie an Senator Müller gegeben. Das war auch Grundlage dafür, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die sich konkret in mehreren Unterarbeits-

gruppen mit den Problemen beschäftigt hat. Es hat kein definitives Ergebnis der Arbeitsgruppe gegeben, dass gesagt wurde: Das und das machen wir jetzt in dem und dem Umfang –, sondern es ist festgestellt worden, welche Maßnahmen in welcher Form geeignet wären. Das Duale System hat dann gesagt, dass es in den Gremien dort weitere Diskussionen geben und man dann auch zu konkreten Maßnahmen schreiten wird. Die Maßnahmen sind hier schon angesprochen worden, ich will sie trotzdem noch mal nennen: verschließbare Gefäße im Holsystem, das heißt, dass die Tonnen in den Höfen verschließbar sind und einen Einwurfschacht haben, der wirklich nur für die entsprechenden Glassorten nutzbar ist – das ist, wie jeder weiß, nicht überall gegeben und wechselt auch gelegentlich –, die Dreifarbtrennung, die angesprochen wurde, auch im Holsystem, die logistisch etwas schwierig ist wegen der Standplätze und der dann notwendigen Abholungslogistik, und insgesamt mehr Iglustandorte einzurichten. Dazu hat Herr Geisel auch schon etwas gesagt, was wir nicht aus eigener Kenntnis bewerten können, aber so zur Kenntnis nehmen von den Beteiligten. Die Frage der Transportart hat hier auch schon eine Rolle gespielt. Da gab es in dieser schon genannten Sitzung mit den Bezirksstadträten, wo es eigentlich um Iglustandorte ging, auch einen Vortrag, der noch mal dargelegt hat, dass auch schon durch den Transport im bis dahin praktizierten Abholsystem, durch eine verstärkte Pressung in den Fahrzeugen eine Pulverisierung entsteht. Wir haben den Eindruck, dass Berlin Recycling jetzt andere Möglichkeiten gefunden hat, diesen Transport von den Haushalten in die Umladestation zu organisieren. Ein Punkt, der hier gar keine Rolle gespielt hat, ist die gezielte Ahndung von regelmäßigen Fehlbefüllungen, sprich, dass bei Tonnen, die regelmäßig mit anderen Dingen als Glas befüllt werden, erst mal Mahnungen erfolgen und anschließend auch ein gezielter Abzug der Tonnen da stattfindet, wo die Bevölkerung der Meinung ist, das sei ein zusätzliches Restmüllgefäß, sprich, dass man nicht alle dafür bestraft, dass einige sich falsch verhalten. Auch dieser Punkt ist explizit in dieser Arbeitsgruppe besprochen worden, hat aber in den weiteren Überlegungen keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Wir sind im Frühjahr des letzten Jahres damit konfrontiert worden, dass DSD für die anstehende Neuausschreibung der beiden Gebiete in Berlin, zum einen im Bereich der Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf und Spandau, zum anderen die genannten Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, eine grundsätzliche Veränderung, quasi eine Umkehrung der Anteile von Holsystem und Bringsystem, durchführen wollte, also als ersten Schritt eine deutliche Reduzierung zu machen mit dem Ziel zu schauen, wie man das Holsystem noch weiter reduziert. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir das nicht nachvollziehen können, dass wir selbstverständlich im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit schon sehen wollen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Glasqualität hier möglich sind, das aber in dem Umfang überhaupt nicht akzeptieren können. Es hat dann, wie es offensichtlich in der Branche üblich ist – man lernt ja als Staatssekretär, der in diesen Bereich neu einsteigt, ziemlich schnell, dass dort auch teilweise mit härteren Bandagen und Argumenten gefochten wird –, diverse Runden dazu gegeben, in denen beide Seiten ihre Positionen deutlich gemacht haben, mit kleineren Annäherungen, aber am Ende auch mit der Frage: Ändern wir jetzt was oder nicht? – DSD hat dann auch darauf hingewiesen, dass sie jetzt entscheiden müssen und dass die Ausschreibung, wenn wir uns nicht auf irgendwas verständigen, so erfolgt, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hat, was wir jetzt auch nicht für zielführend gehalten haben.

Wir haben uns dann im Rahmen dessen, was hier alles schon dargestellt wurde, auf dieses Pilotprojekt verständigt und gesagt: Okay, dann müssen wir jetzt sehen, dass wir in einem

überschaubaren Gebiet, das jetzt zur Ausschreibung steht, die verschiedenen Möglichkeiten in der Praxis einsetzen und anschließend auf Grundlage eines Gutachtens gemeinsam bewerten, was welchen Effekt erzielt hat und ob es wirklich erforderlich ist, das eine oder andere flächendeckend anzuwenden. Das betrifft sowohl die Reduzierung des Holsystems als auch die anderen von mir genannten Punkte wie verschleißbare Gefäße, verbesserte Transportart und Ähnliches.

Wir haben dann gesagt: Wir wollen das in einem kleineren Gebiet und nicht flächendeckend in halb Berlin machen –, sodass auch aufgrund des höheren Anteils an Containerstandorten und der geringeren Zahl von Betroffenen das Gebiet 4 – also Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick – jenes ist, in dem das erprobt wird, das andere Gebiet ausdrücklich ausgenommen ist und auch vor Abschluss dieser Begutachtung und einer Bewertung des Ganzen da keine weiteren Veränderungen stattfinden. Es gilt aus meiner Sicht auch für alle Gebiete, die jetzt zur Ausschreibung anstehen, dass dort nichts geändert wird, bevor wir nicht die Erkenntnisse und Ergebnisse aus diesem Pilotprojekt haben. Es gibt auch keine Vorfestlegung, dass auf jeden Fall irgendwas so weiter umgesetzt werden soll oder nicht.

Zur Umsetzung: Was uns auch – ich sage es jetzt freundlich – überrascht hat, ist die Art und Weise, in der das umgesetzt wird – noch mal der Hinweis, das ist ein privatwirtschaftlich organisiertes System, das selber diese Sachen umsetzt und auch die Verantwortung dafür hat –, dass Tonnen sozusagen schon vor Auslaufen der alten Ausschreibungszeiten abgezogen werden, dass die DSD es offensichtlich abgelehnt hat, dem beauftragten Unternehmen Berlin Recycling GmbH dort eine Übergangszeit zu gewähren, sondern gesagt worden ist: Ab 1. Januar zahlen wir nur noch für die reduzierte Zahl von Tonnen.

Das ist schwierig, weil klar ist, dass man nicht in der Silvesternacht diese Zahl von Tonnen mal eben austauschen kann. Da sehe ich ein erhebliches Versäumnis des Betreibers als Besteller vorrangig, dass die Informationen so sind und das auch unsere Erkenntnisse sind, aber wir können das, wie gesagt, nicht selbst untersuchen, sondern sind auf Hinweise bzw. die entsprechenden Darlegungen der Systembetreiber angewiesen, dass die vereinbarten Regelungen eingehalten werden – nämlich maximal ein Abstand von 300 Metern zum nächsten Depotcontainer, auch die Ausnahme von Unterflurcontainern und haushaltsgleichen Stellen, also die Gewerbesachen, die vorhin schon angesprochen wurden, dass teilweise auch dort vereinbarungswidrig Tonnen abgezogen worden sind. Wir gehen davon aus, dass Betreiber und Auftragnehmer das kurzfristig abstellen. Ich will auch ganz ausdrücklich darauf hinweisen, dass auch der Abzug von haushaltsnahen Behältern in Bereichen, wo man eventuell irgendwann einen Depotcontainer aufstellen will, nicht zulässig ist und nicht der Vereinbarung entspricht. Also, all dieses ist jetzt dringend abzustellen. Auch die Information obliegt hier dem Systembetreiber bzw. dem von ihm beauftragten Auftragnehmer.

Was wir für uns mitnehmen werden, was wir sowieso schon geplant haben, ist die Klärung der Situation an den Depotcontainerstandorten, also die Vermüllung dort. Die BSR ist beauftragt, das entsprechend sauber zu halten. Wir sind im Gespräch mit der BSR, um die Situation zu verbessern und den Bezirken damit eventuell noch mehr Spielräume zu geben, um Depotcontainerstandorte zu genehmigen. Wir sind bisher aber davon ausgegangen, dass das Duale System die Depotcontainerstandorte, die es hat, so nutzt, dass gegebenenfalls dort, wo mehr Anfall ist, häufiger geleert wird, aber das nicht vorsehend davon ausgegangen wird, dass man zusätzliche Standorte hat, auch wenn die noch gar nicht vorhanden sind. Auch da gibt es Klärung. Wir haben dazu auch schon Gespräche mit der DSD und Berlin Recycling geführt, um zumindest das, was vereinbart worden ist, auch in der Umsetzung einzufordern. – So viel vielleicht erst mal von meiner Seite zu unserem Agieren an der Stelle.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Ich komme mit dem Blick zur Uhr zu meiner Rednerliste, die bisher fünf Kollegen umfasst. Vielleicht sollte man die Fragen möglichst kurzhalten und auf Kurzreferate verzichten. Ich habe folgende Wortmeldungen in der Reihenfolge: Herr Freymark, Herr Buchholz, Frau Gebel, Frau Lompscher, Frau Platta und Herr Prieß. Kann ich einen Strich darunter machen? – Das ist der Fall. – Herr Freymark! Sie haben das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Das war ja bisher eine kleine Mamutanhörung. Wir haben viele Argumente und viele Optionen gehört. Insbesondere Herrn Oetjen-Dehne bin ich sehr dankbar für die Ausführungen, denn er hat klare Perspektiven aufgezeigt. Ich selbst habe auch ein paar Punkte, die ich mit Fragen garniere, die ich einfach mal mit einbringen will.

Erste Feststellung für mich aus dem, was ich gehört habe: Wir haben seit 1993 ein bewährtes Modell, das jetzt nach 20 Jahren umgestellt werden soll, wohlgemerkt in einer Nacht- und Nebelaktion. Jeder Arbeitnehmer, der drei Jahre lang Urlaubsgeld bekommt, obwohl der Arbeitgeber das möglicherweise freiwillig tut, darf dieses im vierten Jahr einklagen, und hier wird nach 20 Jahren der Konsument, der Nutzer, fallengelassen. Ich finde, das ist nutzerunfreundlich und ein Aspekt, den man mit berücksichtigen muss.

Zweiter Aspekt: Wir haben gehört, wir haben drei Behälter, die eigentlich eingesammelt werden müssten, nämlich weiß, grün und braun, und wir sammeln aber weiß und bunt ein. Ich weiß aus einem persönlichen Gespräch mit Herrn Schneider, dass die Option geprüft wurde, auf drei Behälter umzusteigen, aber zwei Behälter wären schon vom Platz her das Maximum gewesen, das darstellbar wäre. Das irritiert mich vor dem Hintergrund, dass die Bezirke Trep-tow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg ausgewählt worden sind, bei denen ich nicht feststelle, dass die Müllstandflächen überfrequentiert wären. Wir haben ganz andere Gebiete – Neukölln, Wedding, Kreuzberg –, wo es diese Problematik vielleicht gibt, wo auch die Sortenreinheit ein größeres Problem darstellt. Das heißt, wenn das Modellprojekt ernst gemeint ist, wenn man es ernsthaft will, wenn man glaubt, dass man etwas verbessern muss, dann ist doch die Frage, warum in diesen ausgewählten Gebieten, nämlich in diesen drei östlichen. Dafür habe ich kein Verständnis.

Ich glaube, der Konsument versteht das aus einem weiteren Grund nicht, denn er hat ja in der Annahme, dass das mit dem Umleerbehälter vor seiner Haustür so funktioniert, auch immer die Produkte gekauft. Wir wissen alle: Über die Verpackung wird bereits das Entgelt für die Abholung des Abfalls bezahlt. Jetzt über Nacht wurde es ihm weggenommen. Das heißt, er hat in der Annahme bezahlt, es wird vor Ort abgeholt, und jetzt wird er vor vollendete Tatsachen gestellt und muss zu einem Depotcontainer, möglicherweise 300 Meter, vielleicht sogar mal 400 Meter laufen. Das verstehe ich nicht. Die Leistung ist schon bezahlt und soll jetzt aber nicht mehr erbracht werden. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Es wird in der Verabredung zwischen dem Dualen System und der Senatsverwaltung geschrieben, dass die Sortenreinheit und die Erhöhung der Sammelmenge durch Iglus gewährleistet werden soll. Aus Vergleichen mit Bremen und Hamburg und dem, was hier von den Anzuhörenden dargestellt wurde, wissen wir, dass die Sammelmenge durch Iglus in keinem Fall erhöht werden kann. Es ist schlichtweg Unsinn, wenn man glaubt, dass mehr Glas in Iglus befördert wird als in die Umleerbehälter vor der eigenen Haustür. Wir wissen, dass der ökologische, der umweltpolitische Gedanke bei jedem einzelnen stärker ausgeprägt ist, je näher es vor seiner Haustür ist. Das ist so. Wir können den Menschen nicht verändern. Wir können mit Kampagnen darauf hinweisen, aber wir glauben doch nicht ernsthaft, dass, wenn wir dieses System umstellen, die Menschen eher bereit sind, 300 Meter zu laufen. Dafür habe ich kein Verständnis.

Ich will auf einen weiteren Punkt hinweisen, Herr Krause von der Wohnungsbaugenossenschaft „Neues Berlin“ hat das auch deutlich gemacht: Wir haben die hohe Eigenmotivation der Bevölkerung in den letzten 25 Jahren hart erarbeitet, zumindest in diesen Gebieten. Jetzt sagen wir über Nacht: Liebe Freunde! Eure Eigenmotivation interessiert uns nicht. Ihr müsst jetzt 300 Meter laufen. – Wir brauchen die Bereitschaft der Teilzunehmenden, wir brauchen die Bereitschaft der Bewohnerschaft, und ich möchte, dass die Menschen motiviert bleiben. Ich verstehe nicht, wie wir einfach mit einem Handwisch versuchen, die Bewährtheit dieses Systems wegzukippen.

Auch die Frage der Opportunitätskosten ist nicht ganz unerheblich. Wir stellen immer die Frage: Welche Kosten können wir sparen, wenn wir so agieren? Was können wir für die Glasindustrie gut zur Verfügung stellen? – Was ist denn mit der Frage, was am Ende mit den Glasbehältern, mit dem Glasmüll passiert, der im Restmüll oder in der Biotonne landet? Wie wird denn damit umgegangen? Ist das mal bemessen worden, ist das mal bewertet worden?

Ich weiß, dass es in Bremen dazu eine große Kritik und Diskussion gab, und deswegen bin ich etwas irritiert, wie einfach argumentiert wird, dann zu glauben, wir haben jetzt hier einen kleinen Vorteil und sehen die ganzen anderen Nachteile nicht, z. B. die Hauswarte, die jetzt wieder öfter zu den Müllstandflächen müssen. Wir sehen nicht die steigenden Betriebskosten für die einzelnen Konsumenten. Das sind alles Dinge, die ebenso einbezogen werden müssen!

Wir kennen unsinnige Entscheidungen. Ich erinnere gern an die Gelbe Tonne plus. Das war eine tolle Idee: Elektroaltgeräte auch in die Gelbe Tonne plus. Da gab es einen Kompromiss, alles nett. Jetzt gibt es 15 Plätze, zu denen man Elektroaltgeräte bringen kann. Was passiert? – Die Elektroaltgeräte landen natürlich auch im Restmüll oder sonst wo. Ist das eine sinnvolle Entscheidung, die wir auch unter den ökologischen Parametern überhaupt als richtig erachten können? – Ich sage nein, und deswegen auch in aller Entschiedenheit: Diese kritische Entscheidung von damals möchte ich nicht mit einer weiteren kritischen Entscheidung von heute ergänzen.

Zum Referenzgebiet habe ich schon gesprochen, zur Glasqualität in dem Sinne auch. Ich kann nur an alle Beteiligten appellieren, an die Senatsverwaltung gleichermaßen wie an die DSD und die, die sich dafür aussprechen: Lassen Sie uns bitte gemeinsame Wege evaluieren, besprechen, Ideen sammeln! Es wurde gesagt, die Sammlung kann man optimieren, es wurde gesagt, dass man die Behälter optimieren könne. Es gibt mit Sicherheit andere Optionen, die wir unter diesen gerade von mir genannten Argumenten berücksichtigen könnten, und ein Pilotprojekt in diesem Gebiet halte ich schlichtweg für überflüssig. Deswegen appelliere ich, eine Abschaffung bzw. eine Verhinderung der Abschaffung der Tonnen in den anderen Gebieten ganz klar in den Fokus der Debatte zu stellen, und hoffe, dass wir gemeinsam Mittel und Wege finden, trotz vertraglicher Regelungen etc., die hier abgelaufen sind, Regelungen und Möglichkeiten zu finden, dieses aus meiner Sicht unsinnige Umstellungssystem abzuschaffen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Herr Buchholz – falls es noch etwas zu ergänzen gibt! – [Burgunde Grosse (SPD): Na klar! Die Senioren hat er vergessen!] –

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich denke, es gibt noch einige Aspekte. Kollegin Grosse weißt völlig zu Recht darauf hin. Wir reden auch von einer alternativen Gesellschaft in Berlin, und damit fange ich einfach mal an. Es ist doch klar, dass die mit einer Tonne, die vor ihrer Haustür steht, wo sie trennen können und das dann auch noch gern tun, viel besser bedient sind als mit allem anderen, wo sie 300 Meter, 400 Meter, 500 Meter, einen Kilometer wie wir in der Praxis erfahren, zum Iglu laufen müssen. Es ist – und das ist schon gut dargelegt worden – sehr zweifelhaft, dass das irgendeinen Vorteil bringt, im Gegenteil!

Meine verehrten Anzuhörenden! Wir haben ja einiges von Ihnen gelernt. Ich habe jetzt gelernt, neben dem, was ich schon vorher vorbereitet hatte, dass Sie es tatsächlich ernst meinen, dass es Schutzzonen um Iglus in Berlin gibt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese Schutzzonen brauchen wir nicht. Wenn das etwas ist, wo sich die DSD große Gedanken macht, wie man etwas definiert, Schutzzone um Iglus, damit die Leute keine Haus- und Hoftonne mehr haben, dann halte ich das in der Wirkung für eine Zumutung für die Berlinerinnen und Berliner. Wenn das Ihr Vorgehen ist – was produzieren Sie damit? Herr Schneider! Sie haben gesagt, dass Sie das nicht für ganz Berlin wollen. Nein, Sie propagieren ganz offensichtlich einen

Flickenteppich, den Sie in Berlin produzieren wollen, der nachher die Potenzierung des Unsinns wird. In jedem Bezirk wollen Sie sowohl die Iglus als auch das Holsystem, die Haus- und Hoftonnen. Wer soll das denn jemandem in der Stadt vernünftig kommunizieren? Wir reden auch über Öffentlichkeitsmaßnahmen. Wie soll das eigentlich praktisch funktionieren? Haben Sie das mal zu Ende gedacht, Ihren Mix, den Sie propagiert haben? Ich habe mitgeschrieben. Sie haben gesagt, Sie wollen in Maßen korrigieren. Darunter verstehen Sie, das bisherige System umzukehren. Aber Sie haben eines auch gesagt: Sie wollen das, was Sie bisher in den drei Ostbezirken gemacht haben, auf die ganze Stadt ausdehnen. Für uns von der SPD-Fraktion ist das eine Drohung an die Stadt. Ich sage das ganz klar. Ich bin sehr dankbar, dass Staatssekretär Gaebler hier sehr deutliche Worte gefunden hat, nämlich dass es ein erhebliches Versäumnis des Systembetreibers ist, was hier in der Umsetzung passiert ist und schlichtweg nicht zu tolerieren ist.

Zu dem, was Sie ausgeführt haben, Herr Schneider – und Sie haben leider von den Fragen, die von drei Abgeordneten am Anfang kamen, nicht eine einzige beantwortet –: Warum überhaupt diese chaotische Umstellung? Von Ihnen kein Wort zu diesem zeitlichen Ablauf, gar nichts, stattdessen verweisen Sie auf andere Damen und Herren, die hier im Raum sitzen. Das ist nicht nachvollziehbar. Sie haben hier Geld – das muss man ganz klar sagen –, das nicht Ihr Geld ist, das Sie verwalten. Wir reden darüber, dass Verbraucher in Berlin zum zweiten Mal die Zeche zahlen sollen. Die Kundinnen und Kunden, die Berlinerinnen und Berliner haben die gesamte Glassammlung, die gesamte Glasverwertung bereits an der Ladenkasse mit dem Grünen Punkt bezahlt. Sie sind Verwalter von fremden Geldern, und Sie gehen damit in dieser Stadt unverantwortlich um. Das sage ich ganz klar für die SPD-Fraktion. Wir nehmen das auch nicht hin. Es ist nicht Ihre Aufgabe als einer von zehn Systembetreibern, hier ein System praktisch über Nacht zu beenden, und das, ohne dass sich jemand darauf vorbereiten kann. Das ist nun wirklich mehr als ausführlich dargelegt worden, auch vom Bezirksbürgermeister. Die von Ihnen und auch in dem Dokument propagierte alternative Iglusammlung gibt es fast gar nicht. Es gibt fast keine neuen Standorte. Da steht: Soundso viel beantragte neue Standorte. – Die sind gar nicht real. Wovon reden Sie denn dann hier? Das soll eine Umstellung sein? Das ist die Abschaffung des bisherigen Systems.

Ich kann ganz klar sagen: Wir werden das nicht hinnehmen. Für uns heißt das – und das hat Herr Oetjen-Dehne als Gutachter sehr klar dargelegt –, dass es nicht darum geht, das Holsystem, die Haus- und Hoftonnen abzuschaffen, sondern es gilt, sie zu optimieren, das heißt, sie zu erhalten, und zwar in allen Berliner Bezirken, und es ist ganz einfach und glasklar, im wahrsten Sinne des Wortes, was jetzt erforderlich ist. Erstens, kleinere Öffnungen bei den Hoftonnen, damit dort weniger Müll extra eingeworfen wird. Diese Tonnen vor Ort haben einen verschließbaren Deckel zu bekommen, damit ich nicht den Kinderwagen noch dazutun kann. Ganz einfache und praktische Umsetzung.

Von der Berlin Recycling ist ausgeführt worden: Ausweitung der Qualitätskontrolle vor Ort. Die Vermüllung, die vor Ort sichtbar ist, ist sofort zu entfernen. Zweiter Punkt: Reduzierung des Scherbenbruchs – wir haben gehört, das ist ein Qualitätsmerkmal für die Glasindustrie – durch einen – Herr Thielmann, Sie haben gesagt – scherbenfreundlichen Umgang. Das heißt, bei der Sammlung und vor allem bei den Umladevorgängen – das hat uns Herr Oetjen-Dehne sehr drastisch dargelegt – ist zu gucken, wie das zu optimieren ist. Wie oft wird dort etwas umgeladen? Es geht weniger darum, ob es aus dem Iglu oder aus der Haus- und Hoftonne kommt. Es geht darum, was mit dem Glas passiert. Es wird doch machbar sein, dass Sie dem

Auftragnehmer Berlin Recycling sagen, das Glas ist nicht zu verpressen, sondern scherbenschonend zu sammeln.

Der dritte Punkt liegt absolut auf der Hand: Das, was wir schon an laufender Öffentlichkeitskampagne haben, ist deutlich auszuweiten und zu verbessern, auch mit den Nebenentgelten des Dualen System Deutschlands.

Dieses ganze Chaos, das hier verursacht wurde, war schlichtweg überflüssig. Es war nicht zielführend. Es war nicht das, was wir ökologisch, klimamäßig hier in Berlin erreichen wollen. Wir machen Rückschritte. Wir sind nicht bereit, das zu übernehmen und anzunehmen. Wir als SPD-Fraktion werden uns dafür einsetzen, dass wir zu dem bewährten Holsystem mit Haus- und Hoftonnen zurückkommen, und zwar in ganz Berlin. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Frau Gebel, Sie sind die Nächste!

Silke Gebel (GRÜNE): Vielen Dank! – Das sind sehr schöne Worte. Es freut mich, dass sich die SPD-Fraktion an der umweltpolitischen Ehre gepackt sieht, wenn man sich das Chaos anschaut.

Ich habe fünf Fragen, die sich nach der Anhörung immer noch stellen. Das Erste, das hat Herr Buchholz vorhin auch angesprochen, ist: Wir haben hier ein Chaos, und mir stellt sich die Frage, wie denn dieses Chaos über uns kam. Sie als Anzuhörende haben durchaus ein bisschen Licht in dieses Dickicht gebracht. Es sind verschiedene Daten im Umlauf. Im April 2012 gab es eine Information an den Senat, und dann gab es einen Arbeitskreis „Glas“. Das heißt, seit April 2012 – zumindest habe ich das jetzt so mitgenommen, Sie können aber gern auch anderes Licht in dieses Dunkel werfen – wusste der Senat, dass es den Wunsch nach einer Umstellung gibt, und dass die Qualität des Glases in Berlin beanstandet wird, in Klammern: dass die Quantität, also die gesamte Menge, verbessert werden soll. Das haben wir seit 2010 schwarz auf weiß, das steht nämlich auch im Abfallwirtschaftskonzept. Dazu komme ich gleich noch mal, weil das auch ein Punkt ist, bei dem wir, wenn wir über die Glassammlung in Berlin sprechen, durchaus Raum nach oben haben und ihn hier aufs Tableau bringen sollten.

Wenn wir über eine Arbeitsgruppe „Glas“ beim Senat sprechen, von der ich jetzt zum ersten Mal höre, und wenn ich mir die gesamte Kette anschau, wie Glas in Berlin gesammelt wird, das heißt, ich habe den Bürger und die Bürgerin, die quasi als Dienstleistung im gesamten System sammeln, und dann habe ich zum Teil Wohnungsbaugesellschaften, teilweise sind es Privathäuser. Die stellen quasi diese Sammlung bereit, und dann wird das abgeholt, umgeschlagen und weiterverarbeitet, sortiert. Dann frage ich mich, warum bei diesem Punkt der Bürger bzw. der Mieter, der Mieterverein und die Wohnungsbaugesellschaft, BBU, Wohnungsbaugenossenschaften, diese zwei Kettenelemente in dieser gesamten Glassammelkette bei dieser Arbeitsgruppe „Glas“ nicht mit einbezogen wurden. Das verstehe ich nicht. Das würde mich interessieren, denn dann kommen wir in Bezug auf das Informationsdefizit, die Transparenz und wie man auch die Bürgerinnen und Bürger als ganz wichtige Drehschraube bei der Frage mitnehmen kann, wie ich die Sammlung effizienter, effektiver, qualitativ besser gestalten kann, einen ganz großen Schritt weiter.

Gleiches gilt auch für die Bezirke. Die Bezirke sind dafür zuständig, auf ihrem öffentlichen Straßenland Plätze für die Depotcontainer zur Verfügung zu stellen. Herr Geisel hat das eben dargestellt: Es gibt bei dieser Bereitstellung eine lange Diskussion über Textilcontainer. Ich verstehe nicht, warum die Bezirksleute, die das im Innersten betrifft, nicht an so einer Arbeitsgruppe beteiligt werden und erst so spät – ich habe leider kein Datum mitbekommen, aber von meinen Kollegen hatte ich es gehört –, im Februar 2013, also über ein Jahr später, informiert werden. Das verstehe ich nicht. Herr Gaebler! Sie können vielleicht gleich ein bisschen Licht ins Dunkel bringen – das würde mich sehr freuen –, anstatt den schwarzen Peter in eine Richtung zu verschieben.

Die Ausschreibung der DSD – vielleicht habe ich Sie falsch verstanden – kann doch nur mit einer Vereinbarung des Senats erfolgen, sonst würde es doch gar keine Senatsvereinbarung geben. Es gibt doch diesen Vertrag. Sie haben das eben so dargestellt, als hätte die DSD ansonsten, und das war eben die Drohung, allein ausgeschrieben. Ich habe es immer vom System her so verstanden, dass das eine gemeinsame Sache ist, denn die DSD kann gar nicht über die öffentlichen Flächen der Bezirke verfügen. Das ist doch auch jetzt das Problem. Das heißt, Sie müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, und dieses Chaos ist sicherlich nicht nur der DSD anzulasten. Ich würde mich über eine Klarstellung sehr freuen, Herr Gaebler!

Zweite Frage: Wie sieht die Sammlung in der gesamten Stadt aus? Wir haben jetzt das Chaos in den Ostteilen der Stadt, also Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick. Im Südwesten zeichnet es sich ab. Ich habe gehört, und das würde mich interessieren: Was muss jetzt geschehen, damit auch im Rest der Stadt die Tonnen nicht abgezogen werden, wenn wir uns hier so einig sind? Ich würde mich sehr freuen – auch interfraktionell, vom Senat oder wem auch immer, mir geht es hier um die Sache –, wenn es hier nicht zu einer übereilten Handlung kommt und jetzt erst mal ein Abzugsstopp für die Tonnen im Rest der Stadt gilt. Über die Tonnen, die bereits abgezogen worden sind, muss man noch mal sprechen.

Damit komme ich gleich zum nächsten Punkt, denn mein Eindruck ist, dass der gesamten Diskussion – und deswegen bin ich sehr dankbar, dass Sie, Herr Oetjen-Dehne, ein bisschen Sachlichkeit reingebracht haben – die Sachlichkeit fehlt, die sachliche Grundlage, die wissenschaftliche Grundlage, auf der diese Vereinbarung geschlossen wurde. Das verstehe ich nicht. Wo ist die? Wo ist das Gutachten, wo ist die Studie, die über eine Annahme, über eine Beobachtung hinausgeht und sagt, dass die Drehschraube, die ich drehen muss, um die Qualität zu verbessern, die Hinterhoftonne des Bürgers ist? Wo steht das, und was ist die Entscheidungsgrundlage? Ich würde sagen: Das in den drei Bezirken, in denen die Tonnen abgezogen wurden, wissenschaftlich zu begleiten, ist richtig, allerdings wage ich zu bezweifeln, dass es möglich ist, hier zu einer fundierten Aussage, zu kommen, wenn die Tonnen über Nacht abgezogen worden sind. – [Zuruf von Nikolaus Karsten (SPD)] –

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Das Wort hat die Kollegin Gebel!

Silke Gebel (GRÜNE): Mir stellt sich jetzt die Frage: Man müsste doch eigentlich die Tonnen in den drei Bezirken wieder zurück in die Hinterhöfe stellen und dann wissenschaftliches Design haben, wo man Stichproben zieht und dann schaut: Wie verhält sich das Trennverhalten, und wie kann man die Qualität und die Quantität verbessern? – Wobei – diese Zahlen von Ihnen, Herr Oetjen-Dehne, sind erst heute an mich herangetragen worden – das eine ganz andere Grundlage für eine Entscheidung ist und sich das für mich eher so darstellt, als sei die

Drehschraube, an der man drehen müsste, eher der Umschlagplatz bzw. vielleicht noch das Auto der Berlin Recycling. Das wäre auch noch eine Frage, welche Investitionen in neue Modelle es da gibt. Das wäre vielleicht auch was für das Umweltentlastungsprogramm, da vielleicht ein bisschen in die Forschung zu investieren, wie man da zu einer anderen Technik kommen kann, um die Qualität zu verbessern.

Deswegen zwei Punkte noch, Qualitätsverbesserung: Ich nehme jetzt mit, dass die Drehschraube eher der Umschlagplatz und auch die Erfassung von zu Hause ist – also bei der Bürgerin, beim Bürger ansetzen, die Informationen über die Frage, was reinkommt, wesentlich verbessern, und sicherlich auch technisch an den Tonnen nachschrauben.

Und zur Quantität: War es denn Bestandteil der Arbeitsgruppe „Glas“, auch darüber zu sprechen, die Mengen, die gesammelt werden, zu steigern? Denn soweit ich das verstanden habe, haben wir derzeit noch 40 Prozent Fehlwürfe. Das bedeutet, wenn wir jetzt ein etabliertes Modell dahingehend verändern, dass der Weg des Bürgers viel länger wird, das Glas zum Container zu bringen, und dann noch mehr Fehlwürfe entstehen – wie gehen Sie damit um? Haben Sie untersucht, was das für Kosten für die anderen Tonnen bedeutet und die Gesamtabfallbilanz? Dazu habe ich noch viele Fragen, aber wenn wir uns interfraktionell einigen können, erst mal einen Stopp zu machen und dann eine fundierte Grundlage zu schaffen, auf der man so eine Entscheidung treffen kann, würde ich mich sehr freuen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Gaebler wollte erst mal etwas richtigstellen. – Bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Es tut mir leid, aber aufgrund der Ausführungen von Frau Gebel, die offensichtlich die rechtlichen Rahmenbedingungen, obwohl ich schon versucht habe, sie darzustellen, nicht so richtig präsent hat, muss man das noch mal klarstellen.

Ich verstehe, dass man sich in Oppositionsreflex immer am Senat abarbeitet, aber noch mal: Es handelt sich hier um ein privatwirtschaftlich organisiertes System, seit 1991 durch die Verpackungsverordnung so angelegt und unter verschiedenen politischen Konstellationen auf Bundesebene erstaunlicherweise nie infrage gestellt. Es steht sogar ausdrücklich darin, nämlich in Anlage 1 zu § 6 der Verpackungsverordnung, dass dem Systembetreiber ausdrücklich freigestellt wird, wie sie sicherstellen – Zitat:

...dass Verpackungen beim privaten Endverbraucher (Holsysteme) oder in dessen Nähe durch geeignete Sammelsysteme (Bringsysteme) oder durch eine Kombination beider Systeme erfasst werden.

Das Gesetz gibt keinerlei Eingriffsmöglichkeiten zu sagen: Wir wollen jetzt aber genau die Quote, oder wir wollen nur Holsysteme, oder wir wollen nur Bringsystem. Deshalb noch mal: Die Ausschreibung stand an. Die steht gesetzlich alle drei Jahre an. Da hat die DSD auch die Argumentationsbasis gehabt zu sagen: Wenn wir jetzt die Ausschreibung mutwillig verhindern, wo wir eigentlich gar keine rechtliche Handhabe haben, das zu verhindern – das können Sie ja gleich noch mal erläutern –, dann sehen wir uns genötigt, auszuschreiben ohne bestimmte Sachen. Wir können sozusagen nicht verhindern, dass so eine Ausschreibung stattfindet, mit dem Ziel, dass man beim alten System weiter bleibt, sondern es gibt auch ein gewisses Kooperationserfordernis. Wir müssen natürlich bestimmte Bestandteile der Ausschrei-

bung überprüfen, die aber eher technischer Natur sind. Deshalb gibt es diese Abstimmungsvereinbarung über die Ausschreibung. Die bedeutet aber nicht, dass wir grundsätzlich sagen können: Nein wir wollen das so nicht, und das darf jetzt gar nicht passieren. – Genau das ist hier der Fall gewesen.

Zu dem Gutachten: Auch da ist es so, dass im Rahmen dieses Gutachtens natürlich auch die Bereiche mit weniger Holsystem und die Bereiche mit mehr Holsystem gerade in den Quartieren verglichen werden, und zwar genau die Frage: Wird die Menge damit beeinflusst? –, die für uns tatsächlich eine Möglichkeit wäre, am Ende zu sagen: So geht es aber nicht, wenn die Sammelmenge sinkt. Wir müssen das aber nachweisen. Wir können das nicht einfach vermuten. Weil irgendjemand im Parlament sagt: Wir vermuten, dass die Glasmenge damit sinkt –, können wir nicht sagen: Deshalb halten wir eine privatwirtschaftlich organisierte Ausschreibung auf. Deshalb, liebe Frau Gebel, sind Ihre Fragen berechtigt, sie sind aber in dem Gutachten berücksichtigt, und ich bitte auch, den rechtlichen Rahmen zu berücksichtigen.

Wir – noch mal ganz grundsätzlich – haben überhaupt kein Interesse daran, das Holsystem zu reduzieren, und deshalb hat es auch diese Arbeitsgruppe gegeben. Im April 2012 hat die Glasindustrie sich unter anderem mit einem Brief an Senator Müller gewandt. Es hat Anfang 2013 diese Arbeitsgruppe gegeben, die erst mal intern geguckt hat, welche Möglichkeiten es gibt, die Glasqualität zu beeinflussen und wie ich die nutzen kann. Es hat parallel dazu im Februar oder im März, ich weiß es gar nicht mehr genau, Herr Geisel weiß es vielleicht noch, die Information an die Baustadträte gegeben, also während die Arbeitsgruppe noch tagte. Insofern ist das genau parallel gewesen, und es hat dann aber, bevor es weitere Auswertungen gab, den Termin dieser Ausschreibung gegeben, und da hat das Duale System aus seiner Sicht bestimmte Anforderungen eingebracht und umsetzen wollen, die man zu dem Zeitpunkt nicht weiter in Arbeitsgruppen besprechen konnte. Deshalb läuft parallel die Überlegung, wie wir insgesamt damit umgehen, und deswegen sagen wir auch, dass wir mit dem Gutachten einen Weg gefunden haben, dass wir das Ganze nicht nach Mutmaßung machen, sondern tatsächlich mit belastbaren Grundlagen sehen, was wirklich passiert, denn das Argument, das aus Umweltsicht interessant ist: Muss ich Verschlechterungen für die Verbraucher in Kauf nehmen, um wirklich eine erhebliche Verbesserung der Qualität in Richtung Umwelt, Energieverbrauch und Ähnliches zu haben? –, ist aus unserer Sicht nicht zwingend, um das noch mal ganz deutlich zu sagen. Wir gehen davon aus, dass wir mit den anderen Mitteln, die auch genannt worden sind, auch schon Erhebliches machen können, und das haben auch die Vorträge gezeigt. Aber trotzdem: Damit wir uns nicht mehr im Ungefähren bewegen, und weil es sich hier um ein privatwirtschaftlich organisiertes System handelt, das wir nicht zwingen können, immer das zu machen, was wir oder Sie gern wollen, hat es diesen Kompromiss gegeben, sich auf das Pilotprojekt zu verständigen und am Ende zu sagen: Jetzt sehen wir mal, wer wirklich mit seinen Vermutungen recht gehabt hat oder nicht.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Die Anzuhörenden kommen gleich zu Wort. Ich habe noch die Wortmeldungen von Frau Lompscher, Frau Platta und Herrn Prieß, und Frau Gebel, Sie hatten sich auch noch mal gemeldet.

Marion Platta (LINKE): Wir drehen es um, und ich werde beginnen. Ich versuche, es auf Fragen zu beschränken, denn wir haben auch morgen noch Gelegenheit, unseren ganzen Frust

ins Parlament einzuwerfen und alle möglichen Menschen zu beschimpfen, die versucht haben, sich zu engagieren und etwas niederzuschreiben.

Sie haben es jetzt auch noch mal gesagt, Herr Schneider, Schutzzonen und der Umkreis von 300 Meter. 300 Meter Umkreis an einem Standort bedeutet ja nicht, dass für den Bürger wirklich 300 Meter Weg dabei herauskommen, sondern das können dann auch schon mal 600 Meter sein, weil die Luftlinie anders ist als Straßenwege oder überhaupt zugängliche Bereiche. Also hätte ich gern noch mal von Ihnen definiert, wie Sie diese 300 Meter bewerten, vor allen Dingen, wie Sie auf diese Größenordnung des Radius von 300 Metern kamen. Durch welche wirtschaftliche Betrachtungsweise – von den Personen, der Fußläufigkeit und der Mobilität der Bürger wird es nicht abhängen – sind Sie auf diese Meterzahl gekommen?

Sie haben uns mitgeteilt, dass die Unterlagen, die Sie uns zugeschickt haben, vertraulich zu behandeln sind. Trotzdem interessiert mich, wie Sie auf die prozentuale Aufteilung zwischen Hol- und Bringsystem gekommen sind, welche Ansätze bei Ihnen ausschlaggebend waren.

Der nächste Punkt: Angekündigt ist, dass es eine begleitende Untersuchung gibt, also im Prinzip auch die Bürger vor Ort erfahren, was sie zu tun und zu lassen haben. Können Sie noch mal speziell sagen: Wird sich das über alle drei Bezirke oder nur einen bestimmten Bereich erstrecken? Werden alle Betroffenen in dieses Modellvorhaben einbezogen und begleitet, ob sie nun wirklich ihre Gläser und Flaschen in der richtigen Tonne entsorgen, oder wie haben Sie sich das vorgestellt?

Die nächste Frage richtet sich an die Wohnungsunternehmen. Wann sind Sie denn informiert worden, oder wie werden Sie überhaupt darüber informiert, dass eine immense Zahl von Fehlwürfen in die Glastonnen stattfindet? Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Entsorgern und den Bürgern haben Sie, von sich aus zu einer Qualitätssteigerung zu kommen – wir haben jetzt einen Umweltverband auch hier –, in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und Beratungsinstitutionen, die sich diesem Thema in der Stadt schon breitgefächert angenommen haben? Wir haben ja nicht umsonst dieses Modell „Trennstadt Berlin“, wo auch die entsprechenden Gelder in einzelne Projekte verteilt werden. Wie sind Sie über die Fehlwürfe informiert worden, und welche Möglichkeiten haben Sie gesehen und sehen Sie immer noch, aus den Entgelten, die in die Stadt fließen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten?

Zur Glasindustrie: Mich überrascht es enorm, dass es einen so langen Zeitraum braucht, um festzustellen, dass die Qualität in Berlin immens schlecht ist. Wir haben jetzt gehört, dass die Anlage in Velten Anfang 2012 geschlossen worden ist. Das war ursprünglich mal die modernste und effektivste Recyclinganlage, aber sie ist geschlossen, weil die Menge nicht ausgereicht hat und sich die Qualitäten offensichtlich verändert haben. Wieso hat es so lange gedauert, dass diese Problematik der schlechten Qualität überhaupt in Berlin angekommen ist? Und wie kommt es, dass Sie dieses Iglusystem so besonders bevorzugen, obwohl es offensichtlich, wie uns jetzt vorgetragen worden ist, keine so immensen Unterschiede gibt?

Die dritte Frage ist: Wenn es diese Entscheidung gegeben hat, Braun- und Grünglas zusammen in eine Tonne zu schmelzen – warum hat man nicht damals schon gesagt, dass das eigentlich eine Fehlentwicklung ist? Warum hat man nicht damals schon gesagt, dass wir möglichst schnell auf dieses Dreifarbsystem umschwenken und alle mitziehen müssen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Leute, die jetzt zu den Iglus gehen und dreifarbig trennen, es nicht auch auf ihren Hinterhöfen tun können. Es sind oftmals dieselben Leute. Es wird sicherlich nicht am menschlichen Verstand gelegen haben. Es hätte also durchaus eher diese Umstellung weg vom Zweifarbsystem hin zum Dreifarbsystem kommen können.

Zu den Städtevergleichen: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Schneider, dass Sie uns das mitgeschickt haben. Wenn man sieht, dass Berlin 2012 ein Glassammelaufkommen von 19,7 kg pro Einwohner hatte – das steht zumindest auf der Seite von „Trennstadt“, was wir nicht anzweifeln wollen – und Hamburg und Bremen weit darunter liegen, wieso kam denn überhaupt der Gedanke auf, dass wir uns von diesem kurzen Weg, von dem schnellem Entsorgen verabschieden müssen, wenn doch eigentlich klar ist, dass, wenn man nur diese Iglustandorte hat, offensichtlich ein anderes Trennverhalten vorhanden ist? Wir wollen ja eigentlich mehr Glas sammeln. Die Tendenz wäre aber eher, wenn wir umsteigen und die Entfernung vergrößern, dass wir weniger Glas haben, weil ich denke, es wird nicht nur zu mehr Fehlwürfen kommen, sondern es wird bei den Verbrauchern, den abfallverpflichteten Menschen, dazu führen, dass sie überlegen: Kaufe ich denn Produkte, wo ich weiß, dass ich einen Abfall produziere, den ich möglicherweise nicht in der Nähe entsorgen kann? – Ich sage nicht, dass das zu Einkaufsbeutel, Netz und frischen Marktprodukten führt, sondern ich kann mir schon vorstellen, dass sich eher der Anteil der Fraktion, die mehr in den gelben Bereich reinfällt, erhöhen wird. Das kann natürlich auch Ziel des Dualen Systems sein. Ich hätte gern eine Antwort auf die Frage, ob Sie genau dieses Steuerungsinstrument benutzen wollen, um vielleicht das andere Produkt der Wertstoffe zu erhöhen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Lompscher zu einer hoffentlich kurzen Ergänzung!

Katrin Lompscher (LINKE): Das ist gut gesagt. Sich nach zweieinhalb Stunden, in denen sich andere ausgebreitet haben, kurz zu fassen, finde ich schwierig.

Ich will trotzdem Folgendes sagen: Nach der heutigen Anhörung, nach allem, was heute hier gesagt wurde, kann es nur eine einzige Konsequenz geben, nämlich dass dieser überstürzte und chaotische Abbau des Holsystems in diesem ausgeschriebenen Vertragsgebiet Berlin 4 rückgängig gemacht wird. Das ist für mich die einzige sinnvolle Konsequenz. Herr Freymark hat gesagt, er könne nur appellieren, und auch andere sagen haben gesagt, wir könnten da nichts machen. Das halte ich, gelinde gesagt, für etwas schwach. Herr Gaebler hat selbst gesagt, die öffentliche Hand, also der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger sei für die Gewährleistung der flächendeckenden und wohnungsnahen Sammlung zuständig, das sicherzustellen. Das haben Sie wörtlich gesagt. Jetzt haben wir festgestellt, dass mit der überstürzten Nacht- und Nebelaktion diese flächendeckende, wohnungsnaher Sammlung offensichtlich nicht mehr gegeben ist. Das heißt, der Systembetreiber müsste sanktioniert werden, wo er seine Verträge nicht einhält.

Ich will gar keine Fragen stellen, denn die können Sie sowieso nicht mehr in der Zeit beantworten. Mir tut es auch wirklich leid, dass Menschen, die wegen anderer Tagesordnungspunkte gekommen sind, vermutlich etwas verdrießlich abziehen müssen, aber es zeigt, dass wir diese ausführliche Diskussion brauchen, denn es ist gezeigt worden: Die Qualitätsmängel beim Holsystem entstehen maximal durch Fehleinwürfe, die gezielt sanktioniert werden können – was aber nicht gezielt sanktioniert worden ist –, und sie entstehen maximal dadurch, dass es eine Zweifarbs- statt Dreifarbsammlung gibt, wobei mir nicht ganz einleuchtet, wenn ich zunehmend blau, rosa und was auch immer ins Grünglas werfen soll, damit alles schön ist, warum dann Dreifarbsammlungen noch sinnvoll sein sollen. Aber das ist eine andere Frage. Ich beabsichtige ausdrücklich keine technische Diskussion, denn ich finde, wir müssen hier eine politische Diskussion führen. Wir sind hier nämlich ein politisches Gremium, und deshalb möchte ich an den Systembetreiber die Frage stellen: Sie haben in den Unterlagen, die Sie uns freundlicherweise übersandt haben, mitgeteilt, dass wir in Ihren Vertragsgebieten bis zum 31. Dezember 2013 14 800 Hofcontainer und 1 629 Iglus hatten. Das wären nach Adam Riese, weil es ja immer drei sind, 543 Standorte. Zugleich teilen Sie aber mit, dass es insgesamt nur 476 Standorte für Iglus gibt. Das ist ja nach Bezirken aufgeteilt. In der Summe sind das 476, und Sie geben den Hinweis auf 47 neu beantragte Standorte. Das macht nach meiner Rechnung, wenn ich die 47 auch mit drei multipliziere, 523 Standorte und nicht die 1 629, die Sie aufgeschrieben haben. Offensichtlich kann da irgendetwas nicht stimmen. Die 47 Standorte existieren ja auch nicht. Wenn es allein in Lichtenberg nur fünf neue gibt, unterstelle ich mal, dass es in den anderen beiden Bezirken auch nur jeweils fünf neue gibt, also fehlen über 30 neue Standorte, woraus ich wiederum schließen würde, dass das selbst aufgestellte Qualitätsziel – im Umkreis von 300 Metern soll ein Iglu zu erreichen sein – nicht erreicht worden ist. Deshalb meine Frage an Sie: Können Sie nachweisen, dass dieses 300-Meter-Ziel derzeit in dem Vertragsgebiet erreicht wird? Wenn das nicht der Fall ist, wie würden Sie diese Mängel abstellen?

Zweite Frage an Sie: In der Vereinbarung steht, dass die Glasmengen aus dem Holsystem von 58 auf 45 Prozent zurückgeführt werden und die im Bringsystem von 42 auf 55 Prozent er-

höht werden sollen. Jetzt beabsichtigen Sie aber, von den 14 800 Standorten über 8 000 abzubauen. Sie haben bereits 7 700 abgebaut, das hat Herr Geisel gesagt. Das heißt, Sie haben über zwei Drittel der Hofstandorte abgebaut, obwohl die Menge nur auf 45 Prozent reduziert sein soll. Das erschließt sich mir nicht. Wie kommen Sie zu diesen Verhältnissen? Wie kann es sein, dass man mit nur noch einem Drittel der Behälter 45 Prozent der Glasmenge sammeln kann? Da ist irgendwo ein logisches Problem drin, und dafür hätte ich gern eine Erklärung.

An den Senat möchte ich folgende Kritik richten: Der Berliner ist ja hart im Nehmen, und den regt so schnell nichts auf. Aber es gibt ein paar Punkte, bei denen das Herz in Wallung gerät, und dazu gehört das Thema Müll. Diese Abstimmungsvereinbarung ist am 27. April 2012 von Senator Müller unterschrieben worden – [Staatssekretär Christian Gaebler: Das war die allgemeine!] –, und in dieser Abstimmungsvereinbarung ist auch die Wertstofftonne Thema. Der § 5 betrifft die Wertstofftonne, § 6 das Glasrecycling. Ich habe sie mir sehr genau angeguckt. Es ist mir ein großes Rätsel, warum Ihnen die Brisanz nicht klar war, die sich hinter dieser Vereinbarung zum Thema Glasrecycling verbirgt. Es ist mir weiterhin ein großes Rätsel, warum bei der Information der Bezirke über die bevorstehenden Änderungen diese Brisanz und dieser Systemwechsel nicht vernünftig kommuniziert worden sind, denn das ist bei keinem der Beteiligten angekommen, das hat Herr Geisel auch gesagt. Es ist zwar gesagt worden, im Bringsystem soll was ausgeweitet werden, aber welche Konsequenzen das für das Holsystem hat, ist nicht kommuniziert worden. Da frage ich mich, wie es sein kann, dass man bei solch einschneidenden Systemwechseln nicht das Stück Sensibilität, politischen Spürsinn hat, das man bei Müll- und Abfallfragen in Berlin immer haben muss, spätestens seit den Hol- und Bringsystemen, Berliner Modellen, „Hat-Hat-Regelung“ usw. Ich will das hier nicht weiter vertiefen, denn wir haben in Müll- und Abfallfragen ein sehr sensibles Feld.

In der Konsequenz kommt bei mir an: Diese Umstellung vom Hol- auf das Bringsystem nützt einzig den Firmen, die Altglas in diesen Iglus sammeln. Ob das in der Konsequenz insgesamt weniger ist, ist denen so lange egal, wie bei ihnen mehr ankommt, weil sie dann mehr verdienen. Deshalb sehe ich hier ausschließlich Kostengründe. Ich erwarte, dass wir so eine Anhörung nicht nur durchführen, damit alle mal gesagt haben, wie traurig es ist, dass da keine Müllstandplätze mehr sind, sondern dass der Ausschuss in der Konsequenz festhält: Erstens erwarten wir, dass der Abbau der Hausbehälter sofort gestoppt wird. Wir erwarten, dass uns der Systembetreiber nachweist, dass diese 300-Meter-Regel eingehalten wird, und zwar sofort, und wenn sie nicht eingehalten wird, wird das entsprechend sanktioniert. Sodann erwarten wir die schnellstmögliche Wiederaufstellung der zu viel abgeholten Hofbehälter. Das muss eine gemeinsame Forderung dieses Ausschusses sein, und deshalb wäre ich extrem dankbar, wenn wir zur Auswertung dieser Anhörung zu einem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Antrag mit konkreten Forderungen an Senat und Systembetreiber kommen. Wenn wir dann immer noch an den rechtlichen Hürden scheitern, erwarte ich, dass die Koalition, dass der Senat auf Bundesebene aktiv wird, damit sich solche Dinge nicht wiederholen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Das ist doch ganz einfach, Frau Lompscher: Keine Genehmigung für Iglus, keine 300-Meter-Grenze, keine Ersetzung. – Herr Prieß, Sie haben das Wort.

Wolfram Prieß (PIRATEN): Viele Sachen sind schon angeklungen, deswegen will ich sie nicht wiederholen, um bei der gebotenen Kürze zu bleiben. Ein paar Fragen sind allerdings

bei mir offengeblieben, bei einigen Punkten vielleicht auch nur Details, aber ich hätte das trotzdem gern klargestellt.

Eine Frage an die Herren von der Wohnungswirtschaft: Sie hatten skizziert, welche Ausweichstrategien die Mieter vornehmen, um mit diesen fehlenden Recyclingbehältern klarzukommen. Ich würde gern wissen, wie sich das auf die Kosten auswirkt, wie das Verhältnis ist. Das Abstellen dieser Behälter auf den Plätzen ist erst mal eine temporäre Lösung. Wie viel teurer ist das, als wenn die Sachen im Restmüll entsorgt werden? Können Sie abschätzen, wie sich das letztendlich in den Betriebskostenabrechnungen darstellt?

Zum Hol- oder Bringsystem an sich, das hier zur Debatte steht: Nach der Anhörung stellt es sich bei mir so dar, als ob das hauptsächlich ein technologisches und organisatorisches Problem ist, das rein aus Kostengründen, wie es Frau Lompscher schon angerissen hat, auf diese Systemumstellung reduziert wird, die Systemumstellung aber nicht wirklich die Verbesserung bringt, sondern die Verbesserung lediglich dadurch entsteht, dass bei den haushaltsnahen Behältern, die als Müllbehälter missbraucht oder falsch befüllt werden, durch die Verringerung des Volumens auch die Verringerung des Müllanteils erreicht wird, vielleicht auch eine überdurchschnittliche Verringerung des Müllanteils. Das ist aber eine Sache, die man wahrscheinlich technologisch und organisatorisch eher lösen könnte als durch eine völlige Systemumstellung.

Von Herrn Gaebler wurde eine gezielte Sanktionierung der Behälterstandorte angeregt, wo die Fehlwurfquote sehr hoch ist. Mich würde allerdings auch ein konkreter Hinweis interessieren. Man müsste eine Sanktionierung zeitlich beschränken. Dadurch, dass die Leute bestraft sind, führt es wahrscheinlich zu einem Umdenken, oder die Mieterschaft in irgendwelchen Objekten wechselt und dadurch vielleicht auch die Recyclingwilligkeit und der Umgang mit dem System. Man müsste erstens Alternativen anbieten, das heißt, wir bräuchten Iglustandorte in der Nähe, die das auffangen – es kann ja nicht alles im Restmüll landen –, und eine Rückkehr zu dem ursprünglichen System müsste auch gegeben sein. Das ist für mich nicht ganz klar.

Das Problem mit den verschließbaren Tonnen bzw. den Öffnungen – das ist eine Erfahrung, die ich ganz praktisch mache – scheint mir auch wenig durchdacht zu sein. Manchmal hat man größere Glasbehälter, die in ein Iglu gar nicht reinpassen. Das hätte ich des Öfteren schon. Da würde mich auch eine technische Lösung interessieren.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Keine Einzelschicksale, bitte! – Frau Gebel!

Silke Gebel (GRÜNE): Zwei Anmerkungen: Es ist interessant, Herr Gaebler, was Sie eben nicht gesagt haben, nämlich dass offensichtlich die Zeitpunkte, zu denen Sie informiert oder nicht informiert haben, auch gegenüber dem BBU etc., durchaus zu dem Chaos beigetragen haben.

Ich hatte mich aber gemeldet, als Sie das Gutachten angesprochen haben, das die Basis für die weiteren Ausschreibungen sein soll. Das begrüßen wir sehr, denn mehr Sachlichkeit in dieser Debatte bringt der Umwelt und dem volkswirtschaftlichen Gedanken etwas. Aus dem Grund fände ich es sehr begrüßenswert, wenn die Grundlage des Gutachtens und das Gutachten selbst allen Abgeordneten hier im Ausschuss zur Verfügung stehen, denn: Es war im Vorfeld

sehr müßig, dann hat es ja funktioniert – und ich bin sehr dankbar, auch dem Ausschussvorsitzenden, der noch mal nachgehakt hat –, dass wir die Informationen über diese Ausschreibung zur Verfügung haben, die ja leider nicht öffentlich verfügbar sind. Ich würde darum bitten, dass wir auch das Gutachten, zum einen das Design und auch das Ergebnis, zur Verfügung bekommen, um hier sachlich darüber zu beraten.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich die Anzuhörenden bitten, sofern Sie angesprochen worden sind, entsprechend Stellung zu nehmen. – Herr Schneider! Sie sind derjenige, der am häufigsten angesprochen wurde. Vielleicht fangen Sie an.

Bernd Schneider (DSD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich fange am besten mit Herrn Gaebler an. Ich teile diese rechtliche Einschätzung nicht, Herr Gaebler, weder im Allgemeinen noch im Besonderen. Die Verpackungsverordnung verpflichtet die Dualen Systeme in § 6 Abs. 4, sich mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern abzustimmen, auch zum Hol- und Bringsystem. Das sagt die Rechtsprechung seit 20 Jahren. Was Sie hier sagen, ist eine ganz singuläre Auffassung. Aber auch darauf kommt es nicht an. Wir haben hier eine ganz spezielle Rechtsgrundlage, das ist die Abstimmungsvereinbarung. Nachdem die Glasindustrie den Finger warnend gehoben hatte, gibt es eine Abstimmung zwischen dem Dualen System und dem Land Berlin, unterschrieben von einem Senator, die besagt, wie wir mit diesem Sachverhalt umgehen. Darin ist beschrieben, was wir tun sollen. Deswegen gibt es keine Studie, sondern es wurde klar der Weg vorgegeben: Wir machen einen Arbeitskreis – daran waren Sie auch beteiligt –, und das Ergebnis dieses Arbeitskreises wird umgesetzt. Das steht auch darin. Das ist keine Willkür, das ist auch nicht jenseits rechtlicher Rahmen. Es wundert mich auch, dass Sie erst mal nichts damit zu tun haben wollen, sich aus der Verantwortung stehlen, aber für die Zukunft wieder mitsprechen wollen. Das heißt sich ein bisschen. Aber ich muss klipp und klar sagen: Der Vorwurf geht nicht an uns. Wir haben mit dem Land Berlin ein Prozedere abgestimmt, und genau an das Prozedere haben wir uns gehalten. Sie können hier nicht aus der Verantwortung raus.

Frau Gebel! Vielen Dank! Nach dem vielen Bashing hier und nur Empörung, haben Sie das Ding ein bisschen nach vorne gebracht. Wie kam es zu dem Chaos? – Das zeitliche Chaos, das war Ihre Frage, ist dadurch bedingt, dass die Senatsverwaltung so viele Monate nach Alternativen gesucht hat und die Zustimmung, letzten Endes so zu verfahren, sehr spät kam. Wir müssen ausschreiben, es gibt Ausschreibungsfristen, es gab ein Klageverfahren eines Bieters beim Landgericht Köln. Dem Gericht mussten wir zusagen, weiter zu warten. Wir sind – und das hatten wir, als wir das Verfahren begannen, nicht erwartet – ganz spät ins Jahr gekommen. Das ist ein Gutteil dessen, warum es so spät wurde und hoppladihopp ging.

Vielleicht hier zur Frage, warum wir die Tonnen abziehen: Es ist in ganz Deutschland Usus, wenn ein Vertragspartner oder ein System wechselt, dass man zum Ende des Vertrages umstellt und der neue Vertrag neu beginnt. Das war auch so vorgesehen. Wir hatten eine Ausschreibung begonnen, die Bieter standen fest, der Rahmen stand fest. Wir konnten das nicht mehr umschmeißen. Wer jemals eine Ausschreibung gemacht hat, weiß: Wenn Sie irgendwas ändern, kann jeder unterlegene Bieter vor die Vergabekammer gehen. Das Risiko konnten wir nicht eingehen. Wir hatten gar keine andere Wahl, nachdem es so lange gedauert hatte, das so bis zum Ende durchzuziehen. – [Zuruf] – Zu den neuen Standorten komme auch gleich. Geben Sie mir die Gelegenheit, die vielen Fragen abzuarbeiten.

Warum die anderen Beteiligten nicht einbezogen wurden, Frau Gebel, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Uns ist als Ansprechpartner die Senatsverwaltung, der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, benannt. Ich teile Ihre Meinung. Warum die nicht mit ihrer Legislative spricht, verstehe ich auch nicht. Da hätte sicher mehr getan werden müssen.

Zur Frage, wo die Studie ist, die das alles belegt, kann ich nur sagen, dass es nicht auf die Studie ankam. Wir hatten einen anderen Weg vereinbart. Wir hatten einen Arbeitskreis vereinbart. Genau den Weg sind wir gegangen. Aber es gibt auch eine Studie. Die Systembeschreibung sieht jetzt vor, dass wir Gutachter, und zwar Sachverständige, Vereidigte für Verpackungsentorgung, ein Jahr lang durch die Stadt schicken und evaluieren lassen, was wir im Arbeitskreis beschlossen haben. Diese Gutachter sind beauftragt. Die nehmen die Arbeit auf, und ich biete Ihnen gern an, regelmäßig mit diesen Gutachtern in Ihrem Kreis zu berichten. Wir wollen nicht gegen die Stadt etwas tun, wir wollen mit der Stadt etwas tun. Das steht auch so in der Abstimmungsvereinbarung, aber auch gar nichts anders haben wir getan. Das bitte ich, doch auch mal zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Platta! Es ist kein 300-Meter-Fußweg vereinbart. Wenn Sie die Systembeschreibung lesen, gibt es ein zweistufiges Verfahren. Es wird auf einer Karte ein Radius gebildet, auf einer Karte ein Kreis. Ein Kreis ist abfuhrtechnisch höchst unsinnig, deswegen steht in der Systembeschreibung, dass sich die Entsorger der Behälter und Depotcontainer zusammensetzen und diese Kreise – ich kann zum Beispiel niemanden nachts über eine Bahnlinie hetzen, sein Glas zu entsorgen – vernünftig in Polygone umarbeitet und dabei immer sagt: Wir betreiben Abfallwirtschaft. Wir brauchen einen Tourenplan. – Und aus diesen 300-Meter-Kreisen wurden Polygone. Die Karten liegen der Senatsverwaltung vor. Da kann jeder reingucken, dann weiß jeder ganz genau, bis wohin abgezogen wird und wo nicht.

Wir haben auch weiteres Geld ausgegeben. Wir haben einen Dienstleister beauftragt, der diese Karten gebildet hat und haben das mit dem Kataster der Berlin Recycling gematcht, und da wurde auch erst spät – – Das sind alles Prozesse, die wir durchführen müssen. Wäre die Entscheidung dort früher gefallen, hätten wir es auch früher machen können. Wir mussten es noch mit dem Kataster der Berlin Recycling matchen, und erst dann stand überhaupt fest, wo wir abziehen. Wir können nicht einfach informieren. Ich muss doch dem Richtigen sagen, wo abgezogen wird. Ich kann doch nicht einfach durch die Stadt gehen und sagen: Wir ziehen irgendwas ab. – Und erst nachdem feststand, wo abgezogen wird – das war nach dem 11. November – haben wir gesagt: Jetzt wissen wir wo. Bitte geht hin und informiert die Leute. Unser Vertragspartner informiert die Leute und fängt an abzuziehen. Das war ein ganz normaler Weg. Dieser 300-Meter-Weg ist ein Konzeptradius, kein Zollstockradius, und das ist nichts, was zu Fuß zu gehen ist. – [Zurufe von Marion Platta (LINKE) und Daniel Buchholz (SPD)] –

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Keine Rückfragen jetzt, bitte!

Bernd Schneider (DSD): Die Frage kam von einer anderen Seite, aber es ist egal, ich kann sie genauso gern jetzt beantworten. Die Frage wurde im Arbeitskreis gestellt. Wir waren bei 500 Meter gestartet. Wir haben eine Abfrage gemacht, wie es in anderen großen Städten aussieht. Sie müssen nur nach Potsdam gucken, dort müssen Sie 1 000 Meter laufen. Diese 300 Meter waren das Unterste, das wir gefunden haben. Wir haben uns dann einvernehmlich

mit der Senatsverwaltung nicht auf 500 Meter, sondern auf 300 Meter Konzeptradius verständigt. Das ist nichts, das wir uns allein ausgedacht hätten. Das ist konsensual so entschieden worden.

Ihre Frage in Bezug auf die Wertstofftonne habe ich nicht ganz verstanden, ob wir das machen, um Wertstoffe weg von der Wertstofftonne in die Glastonnen – – Das macht keinen Sinn, auch umgekehrt nicht. Das war keine Überlegung in dem Zusammenhang. Wir hatten, ich kann es nur wiederholen, das Problem, dass die Glasindustrie gesagt hat: Ihr müsst was machen, sonst nehmen wir kein Glas mehr ab. – So kam das Ganze, und wir haben einfach Maßnahmen gesucht, die zu einer Qualitätssteigerung führen, und damit es vernünftig weitergeht. Und das haben wir nicht allein gemacht, ich kann das nur wiederholen. Es gibt eine Vereinbarung mit dem Land Berlin, und nur die haben wir umgesetzt.

Frau Lompscher! Die Prozente in der Systembeschreibung sind ein prognostischer Wert. Wenn wir ausschreiben haben wir Zahlenwerte, Einwohner und Mengen aus den Vorjahren. Das ist alt. Die Prozente sind mit Max-Werten belegt. Das war die Grenze, bis zu der wir gehen, aber was wir tun, steht in dem hinteren Teil: 300-Meter-Radius und Abstimmung mit den Entsorgern zu vernünftiger Tourenplanung. Da steht übrigens auch eine Zahl drin, eine harte Zahl, wie viele Behälter übrig bleiben sollen. Auch dafür war ein Dienstleister beauftragt. Das ist nicht alles aus den Fingern gesogen. Das hat eine Grundlage. Die ist maßgeblich, und die ist auch Teil des ausgeschriebenen Auftrags. Übrigens, das Landgericht Köln hat in seiner Entscheidung genau das so bestätigt.

Frau Lompscher! Warum entzieht man uns nicht die Flächendeckung? – Es gibt eigentlich nur in Berlin dieses Holsystem in Behältern. Der Glasmüll fast der gesamten Bundesrepublik wird mit Dreifarbdetpotcontainern entsorgt. Solange Depotcontainer da draußen stehen, ist eine Flächendeckung gegeben. Da gibt es nichts zu prüfen und nichts zu sanktionieren. Das wäre aber auch nicht zielführend. Ich kann nur appellieren: Wir wollen nicht gegen die Stadt etwas machen, wir wollen mit der Stadt eine vernünftige Lösung finden, für das Problem, das von außen an uns herangetragen wurde.

Herr Freymark! Es geht nicht ums Geld. Es war nicht unser Anstoß, es wurde von außen an uns herangetragen. Im Gegenteil, wir haben eine ganze Menge Geld ausgegeben und die ganzen Zusatzmaßnahmen, die wir vereinbart haben – Abfuhr, Umschlag, was machen wir mit den Fahrzeugen? –, bitte ich auch mal zu berücksichtigen. Dass uns hier nur Geldgier unterstellt wird, ist ein bisschen schade, um das auch mal zu sagen.

Jetzt springe ich ein bisschen zwischen den Fragen. – Herr Buchholz! Die alternde Gesellschaft ist auch uns bewusst. Ich bin davon gar nicht mehr so weit weg, wenn ich mich morgens im Spiegel anschau. Sie mögen aber bitte auch berücksichtigen, dass es schon heute ganz viele Bürger gibt, die ganz normal zum Depotcontainer gehen. Da geht das auch, und es gibt noch mehr, zum Beispiel mich. Ich fahre jeden Samstag zum Wertstoffhof und bringe mein Glas und mein Papier weg, und ich nehme auch das von meinem Nachbarn mit, weil der schon 70 ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Das können Sie ja in Berlin mal machen. Dann stehen Sie anderthalb Stunden an. – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] –

Bernd Schneider (DSD): Es war nur ein Beispiel. Ich denke, es gibt immer Wege. Wenn die Situationen so sind, wenn wir uns gemeinsam auf das Konzept verständigen, dann finden sich diese Wege. Ich habe mit ganz vielen Berlinern sprechen dürfen. Es haben mich unglaublich viele Leute angerufen. Ich teile diesen Pessimismus nicht. Die Leute sind viel verständiger, als hier allgemein behauptet und angenommen wird. Der Berliner hat Schnauze, aber auch Herz. Das funktioniert, und der Entsorger der Depotcontainer bestätigt mir jeden Tag, dass die Mengen steigen. Es funktioniert, was wir da gemacht haben. Die Angst, dass alles im Restmüll landet, ist schlicht unbegründet.

Die neuen Standorte sind auch ein ganz wichtiges Thema. Der Bezirk Lichtenberg ist richtig dargestellt. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat 35 Anträge gehabt und pauschal 35 Anträge abgelehnt, keinen einzigen genehmigt, und zwar mit ortsteilpolitischer Begründung. Das wird auch etwas sein, worüber wir nachdenken müssen. Es kann nicht sein, dass wir das immer nur von der Müllstandfläche her denken. Wir müssen es von vorn denken. Wir müssen uns auf ein Konzept einigen, und das muss dann auch für alle gelten. Das muss für die Wohnungswirtschaft gelten, dass sie keine Behälter aufstellt, wo es nicht vorgesehen ist, und es muss auch für die Bezirke gelten. Wenn das Konzept mit Ihnen, mit der Stadt vereinbart ist, dann müssen auch die Bezirke mitmachen. Es kann nicht sein, dass ein Tiefbauamtsmitarbeiter entscheidet, dass ihn das Konzept nicht interessiert und er keine Plätze genehmigt. Es fehlt uns für die Zukunft ein Gesamtkonzept, ein Konzept zwischen uns und dieser Stadt, und ich setze, nachdem es so emotional geworden ist, ganz stark auf die Verpackungssachverständigen, die wir übrigens auch im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung ausgesucht und beauftragt haben. Ich setze auf die. Wir müssen die Diskussion hier bitte versachlichen. Uns droht, dass die Glasindustrie nein sagt. Dann können wir nicht nur keinen Flughafen, dann können nicht mal mehr Glasrecycling. Wir müssen uns bewegen, aber das wollen wir nicht allein und nicht gegen die Stadt – ich wiederhole es –, sondern mit Ihnen. Ich biete Ihnen an, dass diese Gutachter das regelmäßig mit Ihnen besprechen, und was herauskommt, setzen wir gemeinsam um. Das ist das Angebot des Dualen Systems. – Habe ich irgendjemanden vergessen?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Das hört sich nicht so an. – Herr Rehberg!

Siegfried Rehberg (BBU): Ich fange mal ganz hinten an, Herr Prieß, mit Ihrer Frage: Was bedeutet das für die Betriebskosten? – Wenn wir davon ausgehen, dass wir jetzt in einem Entwicklungsprozess sind mit dem guten Berliner Abfalltrennsystem und Abfallmanagementsystem, dann kommen wir so in die Richtung von 70, 60 Liter pro Haushalt und Woche in den Großsiedlungen, in den großen Wohnanlagen. Das ist das, was wir im Moment feststellen, was erreichbar ist. Das war beeinträchtigt durch die Umstellung der Wertstofftonne, hat sich aber mittlerweile wieder einigermaßen eingespielt. Das ist auch das, was im Moment von allen Wohnungsunternehmen im BBU angestrebt wird: 60 Liter. Wir haben bei den Genossenschaften teilweise auch nur 30 Liter Restmüll. Also, das müssen wir halt eben sehen. Das sind die Mengen. Wenn wir jetzt 5 Liter zusätzliche Müllmenge durch Glas in der Restmülltonne bekommen, liegen wir bei zusätzlichen Kosten von 6 bis 10 Euro pro Haushalt und Jahr. Das erscheint im Moment erst einmal als ein sehr kleiner Betrag. Aber wenn wir überlegen, was noch so alles immer wieder kommt: Wir haben vor einer Woche auf der anderen Seite gesehen und über das Thema Rauchwarnmelder gesprochen. Rauchwarnmelder, die in der Größenordnung von 25, 30 Euro pro Haushalt und Jahr möglicherweise als Kosten kommen. Wir haben das Thema der Energieeinsparung und, und, und. Das heißt, es kommt ein kleiner Betrag zum anderen, und das summiert sich auch. Deswegen sind wir an der Stelle, was die Kosten angeht, durchaus auch bereit, dieses Ganze weiterzuentwickeln.

Das zweite Thema, über die Kosten hinaus. Für mich hat sich jetzt auch noch mal deutlich gemacht, dass die Kritik, die wir hatten – keinerlei belastbare Grundlagen, was ist eigentlich Glasqualität, und warum ist die Glasqualität im Jahr 2012 auf einmal schlechter geworden als sie vorher im Jahr 2011 war? –, dass dieses Thema bisher überhaupt nicht diskutiert wurde. Ich habe mir vor vielen Jahren einmal die Glassammelanlage in Velten zeigen lassen und dort festgestellt, dass mit den Sortiertechniken sehr wohl sehr unterschiedlich farbiges Glas aussortiert werden kann. Es hat mich überrascht, nachdem ich im September angerufen habe – was ist denn mit Velten, was sagt eigentlich die Glassortieranlage dazu –, dann hören zu müssen, die Glassortieranlage hat ihren Betrieb eingestellt, und jetzt gibt es andere Glassortierwege. Ich denke, wir haben noch eine ganze Reihe von technischen Möglichkeiten.

Die Diskussion, die jetzt hochgekommen ist, ist, dass es die Arbeitsgruppe Glas gibt, die bereits seit 2012 gearbeitet hat, über verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten gearbeitet und ja scheinbar auch Vorschläge gemacht hat, die – Herr Thielmann sagte es – auch umgesetzt wurden. Ich denke, das ist genau der richtige Weg. Es ist ja auch gesagt worden, wir müssen, wenn es denn Probleme gibt mit der Qualität, tatsächlich erst einmal eine Qualitätsdiskussion allgemein führen. In der Vergangenheit haben wir eine Quotendiskussion gehabt, eine Mengendiskussion gehabt. Jetzt haben wir die Qualitätsdiskussion, und das geht nicht von heute auf morgen. An der Stelle kann ich Ihnen auch nur die Unterstützung der Wohnungswirtschaft anbieten, dass wir uns da beteiligen; denn es funktionierte ja auch in der Vergangenheit.

Frau Platta, Sie haben gefragt, wie die Wohnungsunternehmen darauf einwirken können. Ich habe erwähnt, dass wir mit der Firma DASS in den Neunzigerjahren das Thema Fehlwürfe in den Wertstofftonnen diskutiert haben. Das Problem ist gelöst. Das Problem ist als einzelnes Problem immer noch vorhanden, aber da hilft in der Tat auch Information. Herr Thielmann hat ja auch gesagt, die Konsequenzen sind gezogen. Wenn wir denn Müllstandplätze haben, wo keine Trennung möglich ist, weil das Verhalten der Nutzer es nicht zulässt, dann muss man sich an der Stelle auch mal davon verabschieden. Aber das geht punktuell, das ist überhaupt kein Anlass, flächendeckend im gesamten Südosten von Berlin jetzt die Glastonne ein-

zustellen. Ich hoffe und gehe auch davon aus, dass mit einem Antrag im Abgeordnetenhaus versucht wird klarzustellen, dass dieses wirkliche Moment erst einmal nur auf die drei Bezirke beschränkt bleibt, nicht ausschwappt auf die anderen Entsorgungsgebiete in Berlin; denn dann würde das Chaos, von dem Herr Buchholz sprach, sich nur noch weiter fortsetzen, ohne dass wir eine bessere Glasqualität bekommen. Und ich denke, das muss doch das Ziel sein.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: So, meine Herrschaften! Wer von den Anzuhörenden fühlt sich denn noch angesprochen? – Bitte, Herr Dreier!

Burkhard Dreier (Ardagh Glass GmbH): Zum einen ganz kurz zu dem Thema, warum kann alles ins Grünglas, das ist vielleicht für alle interessant: Das hängt mit der Glaschemie zusammen. Grün kann man aus fast allem machen, Weiß nur aus weiß und Braun nur aus braun. Glasherstellung ist ein chemischer Prozess. – Das vielleicht zur Aufklärung der Sache.

Eine zweite Sache: Ich finde es sehr erfreulich, dass hier fast ausschließlich Glas auf dem Tisch steht. Das zeigt, dass Glas in Berlin wertgeschätzt wird, auch das ist sehr erfreulich.

Jetzt zu den Anmerkungen. Sie sprachen vorhin von den Drehschrauben, das fand ich recht gut. Natürlich, wir haben vier Drehschrauben bei dem Ganzen. Das ist einmal die Sammlung und der Behälter, der Transport, der Umschlag und die Quantität. Wir als Glasindustrie haben Interesse an jeder Tonne Glas aus Berlin. Wir haben an jeder Tonne Glas aus Deutschland Interesse, und uns freut jedes Stück Glas, das auf diesem Wege zurückgeführt ist. Aber es muss die richtige Qualität haben, weil es uns sonst einfach große Probleme bereitet. Wie die Stadt Berlin und alle Beteiligten diese Qualität erzeugen, ich will nicht sagen, das ist uns egal, das soll natürlich auf einem vernünftigen Weg erfolgen, aber die Anlage Velten ist geschlossen worden, weil diese Anlage nicht in der Lage war, aus Berliner Glas gutes, verwertbares Altglas zu erzeugen. Dieses Glas geht jetzt in andere Aufbereitungsanlagen. Irgendjemand sagte, „diese moderne Anlage in Velten“. Die Anlage in Velten ist 20 Jahre alt; in der Zeit sind fünf Generationen von Verwertungsmaschinen darüber gegangen. Andere Anlagen können dieses auch nicht. In anderen Anlagen wird es erzeugt, indem Berliner Glas gutem Altglas beigemischt wird. Denn wenn ich Berliner Altglas alleine über die Anlage fahre, kommt Müll dabei heraus – es ist nicht verwertbar. Vor diesem Hintergrund müssen wir als Glasindustrie ganz klar sagen – oder wir als Ardagh ganz klar sagen: Berliner Altglas macht Probleme und das nicht erst seit 2012, sondern ich spreche darüber, seit ich in der Glasindustrie bin.

Ein Problem haben wir der Politik zu verdanken: Irgendwann einmal ist die Verpackungsverordnung geschaffen worden, die ein bestehendes Recyclingsystem Glas komplett zerschlagen hat. Da wird die DSD etwas anderer Meinung sein, denn sonst wäre DSD in der ganzen Geschichte gar nicht drin, aber es gab schon immer ein bestehendes gutes Entsorgungssystem für Glas. Die meisten werden sich daran erinnern, dass sie schon immer Glas separat abgegeben haben und das von der Glasindustrie mit Kuschhand genommen wurde. Also, wir wollen Glas aus Berlin nicht verteufeln, wir wollen es haben. Es muss nur die richtige Qualität haben, und dafür muss dringend etwas getan werden, dass hier wirklich hochwertig gesammelt wird, hochwertig transportiert wird, hochwertig das Material in den Aufbereitungsanlagen ankommt, dass die Aufbereitungsanlagen – die übrigens nicht der Glasindustrie gehören, sondern komplett selbstständig sind, das sind auch eigenständige Unternehmen – in der Lage sind, uns unseren mit Abstand wichtigsten Rohstoff in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Hier kann ich nur an Sie appellieren: Egal wie, aber verändern Sie das, was hier in Berlin

im Moment passiert, damit wir einen guten, hochwertigen Stoff zu uns bekommen, indem Sie vielleicht an allen Drehschrauben ein bisschen drehen – aber dann hoffentlich in die richtige Richtung. – Ja, das war es eigentlich.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut, weitere Wortmeldungen der Anzuhörenden habe ich nicht gesehen. Insofern darf ich mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, dass Sie uns heute hier zur Verfügung gestanden haben. – Herr Schneider, Sie haben noch eine Wortmeldung?

Bernd Schneider (DSD): Vielleicht darf ich doch noch ganz kurz, weil es ja so viele Zahlenliebhaber gibt: Wir haben am 13. Januar ganz aktuell bei Veolia in Großräschen Berliner aufbereitetes Glas komplett per Hand durchanalysiert: Scherbengröße null bis acht Millimeter, Abweichungsgrenze 20 Prozent – Berliner Glas 30 Prozent. Die Fehlfarben, 0,3 Prozent braun, kommen auf 0,4, grün 0,2 vorgesehen – 0,6 ist nach mehrfacher Aufbereitung aus dem Glas herausgeholt. Keramik, Steingut, Porzellan, das absolute Gift für eine Glasschmelze: Abweichungsgrenze 20 Gramm – in diesen Chargen 40 Gramm. Dieses Gutachten, das, was ich gerade so gehört habe, ich mag es nicht glauben. Sie müssen sich nur vor diese Berge vor Ort stellen, ich lade Sie ein, fahren wir gemeinsam hin, das ist sinnfällig: Sie sehen das Berliner Glas blind. Deswegen war ich etwas überrascht, was die U.E.C. sich hier zu präsentieren traut. Ich weiß nicht, ob das anlassbezogen erstellt wurde. Fahren Sie mit mir hin, ich rufe Sie auf, schauen wir uns das da an. Das sehen Sie sofort, welches das Berliner Glas ist, und es ist schrecklich. Ich kann nur Kooperation anbieten. Lassen Sie sich überzeugen. Lassen Sie uns von vorn, nicht von hinten ein Konzept aufsetzen für die Zukunft dieser Stadt, und dann, denke ich, sind wir auf der richtigen Seite. – Jetzt bin ich auch fertig, Herr Dr. Heide. Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut, vielen Dank! – Dann darf ich mich bei den Anzuhörenden bedanken für Ihre Geduld und für Ihre wichtigen Informationen. Das Wort hat Herr Gaebler.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Es gab ja noch einige Fragen an unsere Seite. – Frau Lompscher! Dass uns die Brisanz da nicht präsent war, das ist nicht der Fall. Das können Sie auch schon dem entnehmen – Herr Schneider hat es gesagt –, dass wir doch relativ lange und intensiv mit der DSD darüber gesprochen haben, was da wirklich passieren soll und wie das passieren soll. Das auch noch mal an Frau Gebel, so nach dem Motto, wir haben da nichts gemacht oder anderes. Wenn Sie jetzt sagen, der Senat hat zum Chaos beigetragen, und Herr Schneider es so interpretiert, dass es aufgrund der verspäteten Ausschreibung so war, würde ich das vielleicht sogar noch positiv interpretieren, dass wir zumindest versucht haben, Schlimmeres zu verhindern und die Sachen noch zu verändern – der 300-Meter-Radius wurde ja schon angesprochen. Aber noch einmal: Das Chaos bei der Umstellung haben ganz allein der Systembetreiber und der Auftragnehmer zu verantworten. Denn wir sagen nicht, wann wo welche Tonnen abgezogen werden sollen. Wir entscheiden auch nicht über die genauen Einsatzpläne und Ähnliches, die kriegen wir allenfalls zur Kenntnis. Und auch durch eine Information, Gespräche mit den Bezirksämtern, das hat Herr Schneider ja auch eben gesagt: Was hätten wir mit den Bezirksämtern Mitte des Jahres besprechen sollen? Dass DSD darüber nachdenkt, ob sie das Holsystem reduzieren? Was genau das heißt und wo das passiert wäre, wäre damit auch noch nicht klar gewesen, und deshalb haben wir darauf gewartet, dass wir erst mal konkrete Informationen bekommen, wie das in der Umsetzung jetzt gemacht wird. Dass ein Systembetreiber bei einer Umstellung keine Karenzzeiten nimmt, dazu hat Herr Schneider nichts gesagt, wenn ich das richtig gehört habe. – [Zuruf] – Haben Sie? –

Dann habe ich das überhört. Trotzdem finde ich das schon fragwürdig, eigentlich gehört das zu jedem System dazu. Das ist auch nicht mit uns besprochen oder vereinbart worden.

Gut ist ja, dass wir hier ein Wortprotokoll haben. Deswegen haben wir jetzt sozusagen zu Protokoll genommen, dass die DSD der Meinung ist, dass ohne Zustimmung des Senats keinerlei Veränderungen bei solchen Ausschreibungen mehr stattfinden können. Das nehmen wir zur Kenntnis und werden Ihnen das auch noch mal zur schriftlichen Bestätigung mitteilen, weil das für uns tatsächlich eine neue Erkenntnis ist, auch vor dem Hintergrund der Gespräche, die wir in der Vergangenheit geführt haben, wo Sie ganz eindeutig gesagt haben, dass Sie überhaupt keinen Grund sehen, warum Sie jetzt hier darauf warten sollen, dass wir eine Klärung haben, was im Sinne der Verbraucher aus unserer Sicht verträglich ist und was nicht.

Zu dem Arbeitskreis noch mal, weil das offensichtlich immer wieder hin und her geht: Der Arbeitskreis ist nicht 2012 im April eingerichtet worden und hat dann irgendwie über Monate getagt, sondern es hat im April 2012 diese Problemanzeige gegeben, es hat danach diverse Abstimmungen gegeben, wie man überhaupt damit umgeht, und es hat dann die Verständigung gegeben, wir bilden so eine Arbeitsgruppe, die sich mal konkret Gedanken macht, die auch in der Abstimmungsvereinbarung im April mit vereinbart war. Sie hat aber nicht seit April getagt, sondern sie hat Anfang des letzten Jahres getagt. Sie hat auch entgegen dem, was Herr Schneider hier sagt, kein Ergebnis insofern, dass da drinsteht, deswegen muss das Holsystem um 13, 15, 20 Prozentpunkte reduziert werden, sondern vielmehr ist das, was ich vorhin gesagt habe, da drin gewesen: Es sind die verschiedenen möglichen Maßnahmen aufgelistet worden. Es hat aber keine abschließende Verständigung gegeben, wie man das jetzt umsetzt, sondern daraus hat DSD für seine nächste anstehende Ausschreibung bestimmte Schlussfolgerungen gezogen, die wir dann anschließend diskutiert haben. Aber zu behaupten, es wäre hier das Ergebnis der Arbeitsgruppe und indirekt der Abstimmungsvereinbarung eins zu eins umgesetzt worden, ist schlicht nicht richtig.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! Das werden wir jetzt nicht mehr klären. Insofern bitte ich um Verständnis dafür, dass ich den heutigen Tagesordnungspunkt abschließe. Wir werden ein Wortprotokoll haben, und wir werden uns über dieses Thema morgen auch noch im Plenum entsprechend auseinandersetzen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/1034

**Landschaftsschutz und Wohnungsbau in
Lichterfelde Süd konfliktfrei miteinander verbinden**

[0117](#)
StadtUm(f)
BauVerk

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0673
**Berlin braucht klare Regeln für die Verstetigung von
erfolgreichen Projekten in den
Quartiersmanagementgebieten**

[0078](#)
StadtUm
Haupt

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0329
**Planungsmoratorium für den Neubau der Zentral-
und Landesbibliothek (ZLB) auf dem Tempelhofer
Feld**
- [0041](#)
StadtUm(f)
Kult*
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0762
**Bürgerbeteiligung ernst nehmen: Planung aussetzen
auf dem Tempelhofer Feld!**
- [0089](#)
StadtUm
- c) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0826
**Bebauungsplanung für Tempelhofer Feld
zurückstellen – Bürgerdialog für Zukunftsideen
führen, Mediation einleiten**
- [0090](#)
StadtUm
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1256
**Regenwassermanagement braucht kein
Betonbecken, die Tempelhofer Freiheit keinen Wall**
- [0137](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0269
**Stadtentwicklungsplan Wohnen – qualifiziert und
sozial**

[0029](#)
StadtUm(f)
BauVerk*

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.